

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ TRANSNET

Die Legende von der Interessenvertretung der Eisenbahnbeschäftigten

Der Wechsel von Norbert Hansen vom Vorsitzenden der Transnet-Gewerkschaft zum Arbeitsdirektor bei der DB AG macht schlaglichtartig den Zwittercharakter der deutschen Gewerkschaftsorganisationen deutlich: Einerseits die Interessen der Mitglieder vertreten zu wollen, andererseits die Ziele der herrschenden Klassen unter den Beschäftigten durchzusetzen. Grundsätzlich gilt dieses für alle bundesdeutschen Gewerkschaften – dafür gibt die Entwicklung bei der Transnet in den letzten Jahren einen guten Anschauungsunterricht¹⁾.

Als aus der GdED die Transnet wurde, war ihr Schicksal besiegelt²⁾. Rudi Schäfer, Vorgänger und Ziehvater von Norbert Hansen, stimmte der Bahnreform zu, weil er nicht wollte, dass die Gewerkschaft durch Privatisierungsgegnerschaft zerschlagen wird. Ob er selber an dieses Märchen glaubte, ist schwer einzuschätzen – den Glauben an die Klasse hat er wohl nicht besessen. Jedoch er erhielt für diese ritterliche Tat zwar nicht wie Mehdorn den Offiziersorden der französischen Ehrenlegion und den Orden »Kommandeur der Ehrenlegion«, aber doch wie dieser immerhin das Bundesverdienstkreuz. Man weiß nur nicht, ob er es erhielt, weil er den Börsengang mit auf den Weg gebracht hat oder weil er dadurch die Zerschlagung des Eisenbah-

nerverbandes vorbereitete. Wahrscheinlich handelte es sich um eine Danksagung für beides. Dessen ungeachtet hielt sich hier und da hartnäckig die Legende von der Transnet als Interessenvertreterin aller Eisenbahner. Diese Legende war nötig, denn ohne sie keine Privatisierung der Bahn in Deutschland. Das mag unglaublich erscheinen und doch ist es so.

Weit entfernt davon, dem Anspruch einer Gewerkschaft gerecht zu werden, die die Gewerkschaftseinheit im Klassensinn fördert, ist die Transnet dennoch die größte Eisenbahnergewerkschaft in Deutschland. »Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will« – diese Horrorvision des Bahnvorstandes und der Regierung (ob Kohl, Schröder oder Merkel) wäre im wahrsten Sinne des Wortes machbar gewesen. Und so erbrachte die Transnet in der zurückliegenden Zeit auch echte Leistungen für die Kollegen. Anders an die Beurteilung der Dinge heranzugehen würde bedeuten, die Natur des Kapitalismus völlig zu ignorieren. Je mehr sie sich allerdings auf die Kungelei mit dem Konzern einließ, desto schwächer wurde die Transnet als Gewerkschaft. Alle Aktionen erschienen als abgesprochen mit Mehdorn, als am Biertisch ausgehandelt. Aber die Ruhigstellung der Eisenbahner – das war die Funktion, die das Kapital der Transnet zugedacht hatte und die ohne den Hauptvorstand und den Gesamt- bzw. Konzernbetriebsrat nicht zu verwirklichen war³⁾. Das System Hansen machte daraus die Losung: »Sozial sanieren statt aufs Parkett marschieren!« oder »Den Börsengang sozial bzw. sozialverträglich begleiten!«.

Diese Ruhigstellung der Kollegen ließ sich das Kapital scheinbar etwas kosten. Aber diese »Kosten« stellten sich letztlich als Gewinne für den Konzern und als Verluste für die Eisenbahner heraus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Bahngutachten, die der Regierung und Mehdorn nach dem Munde redeten, die besonders förderliche Rolle der Tarifgemeinschaft hervorgehoben haben. Das Beschäftigtenbündnis, das vor allem den konzerninternen

1) Dieser Artikel wurde zuerst für die Zeitschrift »Arbeiterstimme« geschrieben, er erfährt hier einige geringfügige Konkretisierungen.

2) Die Transnet definiert sich wie folgt: »Früher konnte jedes unserer Mitglieder von sich sagen ›Ich bin Eisenbahner‹. Unser Organisationsgebiet hat sich verändert. Die beiden großen Bahngesellschaften ›Deutsche Reichsbahn‹ und ›Deutsche Bundesbahn‹ sind 1994 zur Deutschen Bahn AG gewandelt worden. Gesellschaften wurden ausgegliedert, Teile der Bahnen an andere Konzerne verkauft. Immer weniger unserer Mitglieder verstehen sich noch als Eisenbahner. Mit dem Namen ›Transnet Gewerkschaft GdED‹ tragen wir diesem neuen Organisationsgebiet Rechnung.«

3) »Norbert und ich haben früher gemeinsam die Revolution geplant, die wir heute verhindern müssen«; erklärte Gerhard Schröder beim Gewerkschaftstag 2004 unter starkem Applaus (!); beide kennen sich aus gemeinsamen Zeiten im Juso-Bundesvorstand.

bzw. konzernweiten Arbeitsmarkt zum Inhalt hat, war ein »Pflaster« auf die gefährlichste Wunde, nämlich die Arbeitslosigkeit⁴⁾. Tatsächlich bringt es dem Konzern aber enorme Profite. Es steht ihm gewissermaßen eine »industrielle Reservearmee« zur Verfügung, die ganz anders behandelt wird, als die Armee der Eisenbahner in den anderen Bereichen der Bahn.

Ein Ereignis jedoch sollte wie ein Erdbeben unter den Eisenbahnern und den Mitgliedern der Transnet wirken: Norbert Hansen – der Gewerkschaftsvorsitzende – trat von seinem Amt zurück und wechselte in den Bahnvorstand als Arbeitsdirektor (Verzehnfachung des Gehaltes). Das war der Lohn für seinen Betrug an den Interessen der Eisenbahner. Als Verräter, als Gewerkschafts-Judas, als einer, der sich verkauft hat, wird er bezeichnet. Die »junge Welt« hatte diese Entwicklung fünf Jahre vorher vorausgesagt. Auch für viele Kollegen kam diese Wendung nicht überraschend, denn Hansen gilt eben als Wendehals. So ganz stimmt das allerdings nicht. Hansen hat nämlich von Anfang an mit fast krimineller Energie den Börsengang unterstützt – und immer ging es um den Börsengang des ganzen Konzerns.

Ein großes Manöver ist durchgeführt worden. Mit vielen taktischen Winkelzügen innerhalb der Gemeinsamkeit von Merkel, Beck, Tiefensee, Mehdorn und Hansen wurde ein Schaustück organisiert, an dessen Ende ein **Privatisierungsbeschluss des Bundestages stand, der nicht im geringsten die Vollprivatisierung verhindert**, da die Struktur des jetzigen Konzerns so beschaffen ist, dass alles in den Händen von Mehdorn verbleibt und der Weg zum Staat sehr vermittelt ist über die DB-AG. Die ersten Konsequenzen sind bereits sichtbar: Streckenausdünnungen, Pläne vom Streckenverkauf, Bahnverkäufe, Fahrpreiserhöhungen, Reduzierung von Halten, Streichung von Zugkategorien, Intensivierung der Ausbeutung usw. Den beabsichtigten Personalabbau – getarnt als Rationalisierung –, das größte »Geheimnis« des Börsenganges, hat Hansen trunken von übersteigertem Ehrgeiz, übersteigertem Eitelkeit und vorausweisendem Gehorsam vorschnell in die Öffentlichkeit hinausposaunt⁵⁾. Mehdorn piff ihn sofort zurück und dementierte! Ob Hansen nach seinem Ausflug in die Spielhalle überhaupt noch »nützlich« sein kann, bleibt fraglich.

Man sollte meinen, dass dies Anlass genug für eine grundlegende Wende in der Transnet ist, wobei es ja nicht einfach um eine Hansen- oder Transnetkrise geht, sondern um eine handfeste Gewerkschaftskrise. **Besonders laut konnte man jedenfalls keine Stimme aus dem DGB gegen das SPD-Mitglied Hansen vernehmen.** Dieses Schweigen ist ein Symptom. Wofür? Für die Kapitulation der vermeint-

lichen »Einheitsgewerkschaft« vor den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus und für die politische Parteinahme der Gewerkschaftsspitzen zu Lasten der Lohnabhängigen. In der Frage der Privatisierung hat der DGB seinen Beitrag zur Beschleunigung dieses Prozesses geleistet. Die »Mitbestimmung«, die so etwas erst möglich gemacht hat, steht bei ihm natürlich nicht auf dem Prüfstand. Es herrscht »Totenstille«.

Anders verhielt es sich im Kreise der Kollegen. Als nämlich der Hauptvorstand der Transnet den Schritt von Hansen zunächst überhaupt nicht verwerflich fand, erntete er fast noch mehr Zorn als dieser selbst⁶⁾. Schließlich war Hansen als Freund Mehdorns bei den meisten Kollegen verhasst. Und der Gewerkschaftstag im Jahr 2000 hatte sich klar gegen jede Form von Zerschlagung und Privatisierung der Bahn positioniert. Doch diese Beschlüsse wurden vom Hauptvorstand ignoriert. Über die Gewerkschaftsfrage wurde deshalb von den Kollegen wie über die Parteifrage diskutiert – und das war nicht falsch, denn schon die Durchdringung der Transnet durch die SPD, also die Durchdringung durch eine neoliberale Partei erwies sich als verhängnisvoll für die Interessenvertretung der Eisenbahner. Aus den verschiedensten Gliederungen wurden Forderungen nach einem außerordentlichen Gewerkschaftstag, nach Rücktritt des gesamten Hauptvorstandes, nach Ausschluss von Norbert Hansen, der als Gewerkschaftsmitglied nur eine Zumutung ist, nach rücksichtsloser Aufklärung der Sache und nach einer Strategie gegen die Privatisierung erhoben.

INHALT · Heft Nr. 3 / 8.7.2008 · J.G. 49

Transnet: Die Legende von der Interessenvertretung der Eisenbahnbeschäftigten	1
Berliner Verkehrsgesellschaft: Arbeitskampf endet mit einer Niederlage	4
1. Mai in Hamburg: Nazis fordern den DGB heraus.....	6
Einzelhandel: Endloser Tarifikampf?	11
Post 2008: Komplizierte Tarifrunde bei der	15
Finnland: Kampf gegen Werkschließungen	18
Ecuador: Auf dem Wege zu einer selbstbestimmten Entwicklung?	21
Buchbesprechung: Zur Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter	25

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46
- **Braunschweig:** »Guten Morgen Buchladen«, Bülpfenweg 87 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3
- **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

4) Der noch gültige BeschäftigungssicherungsTV schließt betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahre 2010 aus. Dafür mussten »Gegenleistungen« der Eisenbahner in Form von Einbußen bei Lohn und Urlaub und in Form von Mehrarbeit erbracht werden. Für den Zeitraum bis zum Jahre 2023 wurde ein Struktursicherungs-TV abgeschlossen, der privatisierungsbedingte Kündigungen ausschließen soll. Dieser TV wird als Ergebnis der Weitsicht von Transnet/GDBA angepriesen, obwohl beide Gewerkschaften innerhalb einer Tarifgemeinschaft die Privatisierung selbst mitvorangetrieben haben. Der Pferdefuß des TV besteht darin, dass alles Konkrete erst ausgehandelt werden muss und die »Vorleistungen« der Eisenbahner noch offen sind.

5) »Hansen: Wir werden bei der Bahn weiter rationalisieren müssen. Und das wird in einigen Bereichen nicht ohne Personalabbau gehen.« (BILD vom 16. 05. 08)

6) »Die Vertrauensleute des bezirklichen Arbeitskreises können nicht nachvollziehen, warum der geschäftsführende Vorstand den Schritt von Norbert Hansen begrüßt. Nach Auffassung des bezirklichen VP-Arbeitskreises zeugt dies von einer völligen Verkenntung der politischen Situation. Der bezirkliche VP-Arbeitskreis schließt sich daher einer Vielzahl von Mitgliedsmeinungen an und fordert den Rücktritt des gesamten geschäftsführenden Vorstands. Der Weg muss freigemacht werden für einen demokratisch legitimierte Neuanfang. Die Vertrauensleute des bezirklichen VP-Arbeitskreises TRANSNET Bezirk Nord-Ost.« Vgl. auch: <http://www.bahnvonunten.de>

Die Initiative »Bahn von unten« gewann an Einfluss! **Die Transnet-Mitglieder müssen ihre Gewerkschaft unter ihre Kontrolle bekommen.**

Doch weit gefehlt: Man will seine Ruhe haben, will zur Tagesordnung übergehen. Das sind die Auswirkungen fehlender innergewerkschaftlicher Demokratie⁷⁾, die, wenn sie vorhanden wäre, das Ringen um den Ausweg aus der Krise in die Hände der Kollegen selbst legt. So verlautet aus den Vorständen: Die Politik sei schuld, die habe Hansen gerufen. Überhaupt sei die Politik schuld, denn schließlich hat der Staat entschieden. Was kann man da schon machen? Man könnte einfach einen anderen Kampf führen, nämlich einen politischen, der den ökonomischen Kampf ergänzt und unterstützt. Aber wenn die Ideologie verbreitet wird, dass Politik die Teilnahme an Wahlen und das Eintreten in die Verantwortung (die Geschäfte) einer kapitalistischen Regierung sei, dann braucht man sich über die »gespielte« Hilflosigkeit nicht zu wundern. Und um Ideologie im ursprünglichen Sinn des Wortes, nämlich als falsches Bewusstsein, handelt es sich. Denn fragt man Eisenbahner,

7) Lothar Krauß und »viele seiner Vorstandskollegen (sind) Nutznießer des ›System Hansen‹. In diesem System wurde der Gewerkschaftsapparat gezielt auf den Börsengang orientiert und die Mitgliedschaft entpolitisiert. Kritische Diskussionen über die Privatisierung wurden in den gewerkschaftseigenen Medien unterbunden. Viele Kritiker wurden mit Zuckerbrot und Peitsche integriert bzw. mundtot gemacht. Manche wurden durch Aufsichtsratsmandate bei der DB oder Tochterunternehmen, bei der DEVK-Versicherung oder Sparda-Bank eingebunden und kamen dadurch in den Genuss eines kleinen Zubrots. In anderen Fällen wurden aufmüßige Betriebsräte durch gezielte Intrigen des Gewerkschaftsapparats aus wichtigen Positionen entfernt.« (Hans-Gerd Öfinger, Bahn von unten)

8) So wortwörtlich im aktuellen Flyer der Tarifgemeinschaft zur Beschäftigungssicherung.

9) Ebenda. In diesem Sinn argumentiert auch der Hauptvorstand der Transnet in der Information Nr. 1 – Juni 2008 zum Thema »Stilllegung von Eisenbahnstrecken«. Hier geht es darum, den Konzern reinzuwaschen von den Vorwürfen der Kappung des Netzes. Dass der Konzern nebst Transnet selbst Politik macht, nämlich gegen die Interessen der Lohnabhängigen, wird vertuscht und verschwiegen. Man wird an den Roman von John Grisham »Die Akte« erinnert. Doch das System kann noch so fein gesponnen sein, die Vielzahl der Vermittlungen zwischen Regierung und Bahnkonzern ändert nichts an dem Zusammenhang und der aktiven Rolle, die das Kapital – insbesondere das Groß- und Monopolkapital spielt. Dass man die Strecken so vernachlässigen kann, dass schließlich die Aufsichtsbehörde (EBA) nur die Unzumutbarkeit des Weiterbetriebs feststellen kann, bleibt außerhalb der Betrachtung. Die Information, die Teil einer ganzen Serie ist, in der es um die Infrastrukturpolitik, d.h. dem Druckmacher der Vollprivatisierung geht, muss gesehen werden als eine Verbeugung vor der »Sozialpartnerschaft«.

10) Entsprechend war auch das Auftreten von Krauß bei der Anhörung zur Privatisierung am 26. 05. 08. Hier die persönlichen Eindrücke eines Zuhörers: »Krauß (Transnet): Ich kann im einzelnen die Jubelrede nicht wiedergeben, die er auf die Arbeit mit der DB AG in den letzten Jahren hielt – das Wort Gewerkschaft oder Transnet kam darin nicht vor. Hätte man als Zuhörer das Schild auf dem Tisch nicht gesehen, man hätte Krauß für einen Sprecher der DB AG gehalten: Große Erfolge, satte Gewinne, gesicherte Beschäftigung. Auch unter den MdBs gab es bisweilen unterdrückte Lacher. Er notierte seine Antworten auf Zetteln mit DB Logo, zitierte aus Flyern der DB AG und hantierte mit Tabellen und Vorlagen, die allesamt aus irgend einem Hause der DB AG stammten. Es war wie eine Bewerbungsrede als stellvertretender Personalvorstand – einfach unfassbar.«

was sie gemäß ihrer Erfahrung von der politischen Funktion der Wahlen halten, werden wohl die meisten von ihnen antworten: »Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie bereits verboten.« (Womit auch eine Antwort auf die Frage der Regierungsbeteiligung gegeben ist.)

Um politisch zu kämpfen, muss man politisch aufklären. Für den Hauptvorstand der Transnet heißt das, zu verkünden: »Politik ist nicht verlässlich«⁸⁾. Oder: »Wie künftige Bundesregierungen zur Zukunft der Bahn entscheiden, kann heute keiner sagen. Deshalb war es so wichtig, langfristige Regelungen zum Schutz der Beschäftigten im Struktur-sicherungs-TV bis 2023 zu verankern.«⁹⁾ **Die Darstellung des proletarischen Klassenstandpunktes ist von den Gewerkschaftsoberen nicht zu erwarten.** Die deutsche Arbeiterklasse ist noch immer des eigenständigen Handelns entwöhnt, obwohl sie sich von der stellvertretenden Wahrnehmung ihrer Interessen wenig oder gar nichts verspricht. In diesem Widerspruch liegt eine große Gefahr. **Je länger die Arbeiter schlafen, desto erfolgreicher ist der Demokratieabbau – in der Gewerkschaft wie in der Gesellschaft.**

Der neue Vorsitzende der Transnet, Lothar Krauß, ist keine Garantie für eine grundsätzlich andere Politik. Der Beirat der Transnet hat die derzeitige Politik der Gewerkschaft »grundsätzlich bestätigt« (Krauß). Die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages wurde abgelehnt und die Forderungen nach Rücktritt des Geschäftsführenden Vorstandes und Kurswechsel in der Politik der Transnet wurden »zurückgewiesen« (Krauß)¹⁰⁾. Kein Wunder also, dass viele Kollegen so urteilen, wie ein Teilnehmer aus dem Transnet-Forum: »Ich bin zur Zeit in einem Seminar. Da hatten wir dieser Tage eine Diskussion, über unsere Zukunft und unsere Möglichkeiten (Beschäftigungssicherung). Es gab keinen, der die Position unserer TN (Transnet) in einem positiven Licht gesehen hat. Jeder, ich betone jeder, war der Meinung, dass im Moment von unserer Gewerkschaft die größte Gefahr ausgeht, weil sie im Moment alles, was sie beginnt, in den Sand setzt! Vor allem der Börsengang, den die TN ... so gefördert hat, der bereitet den Mitarbeitern so viel Sorge! Ich konnte keinen feststellen, der daran glaubt, dass diese TN noch hinter uns steht. Jeder war der Meinung, dass es ›einer starken Gewerkschaft‹ bedarf, was TN derzeit nicht ist! Die Kollegen finden unsere derzeitige Führung nicht als geeignet an, die Gewerkschaft TN wieder in ein ruhiges erfolgreiches Tun manövrieren zu können!« Der Vorsitzende Krauß reagiert allerdings wesentlich gelassener: »sueddeutsche.de: Der neue GDL-Chef Claus Weselsky befürchtet einen Stellenabbau, wenn die Bahn an die Börse kommt. Sehen Sie auch schwarz? Und wie bereiten Sie die Transnet-Mitglieder auf eine eventuell drohende Arbeitslosigkeit vor? Krauß: Wir haben einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem betriebsbedingte Kündigungen im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung ausgeschlossen werden. Über den konzernweiten Arbeitsmarkt ist gesichert, dass die Mitarbeiter bei der Bahn und in Arbeit bleiben. Im Gegensatz zu Herrn Weselsky habe ich nicht die Befürchtung, dass eine Teilprivatisierung per se das Unglück der Menschheit darstellt.« (»Herr Mehdorn ist ein netter, sympathischer Herr«, sueddeutsche.de vom 06.06.08)

Krauß hat schon Recht: »Wo der Mut keine Zunge hat, bleibt die Vernunft stumm«. Für die klassenbewußteren Eisenbahner heißt das, dass sie gewerkschaftsübergreifend die Zusammenarbeit suchen und in einer gemeinsamen Richtung Einfluss auf die Kollegen und die Vorstände nehmen. Das bedeutet, sie müssen ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen, wie es u. a. am zweiten Sonntag im Juni, dem »Tag des Eisenbahners« vor dem Hauptquartier der DB-AG Berlin/Potsdamer-Platz demonstriert wurde.

abgeschlossen 12.6.08 ■

Neu erschienen:

Reprint der Broschüre:

Das Verbrechen an den Eisenbahnern.

Der Februar-Streik und seine Lehren

von Paul Frölich, Mitglied des Reichstages

1922, Vereinigung der Internationalen Verlagsanstalten

40 Seiten, A5-Format

Abgabe zum Selbstkostenpreis von 2,50 EUR

in Briefmarken an das Postfach der GfSA e.V.

Postbox 106426 – D-20043 Hamburg



■ VERDI TARIFFPOLITIK

Arbeitskampf bei den Berliner Verkehrsbetrieben endet mit einer Niederlage

»Rückzug auf Raten – Kapitulation von ver.di?« Unter dieser Fragestellung berichteten wir in der letzten Ausgabe der »Arbeiterpolitik« über den Arbeitskampf bei den Berliner Verkehrsbetrieben. Wenige Tage später war die Kapitulation durch die zuständigen Gewerkschaftsgremien vollzogen – gegen die Stimmung und das Votum der Belegschaft.

Mit der zweiten Urabstimmung haben die ver.di-Mitglieder ihr Urteil über das Ergebnis als auch über die Streikführung gefällt. Der Ausgang der Abstimmung ist eine Ohrfeige für den Landesbezirksvorstand und den für die BVG zuständigen Sekretär Frank Bäslar. Von insgesamt 7.900 beteiligten sich nur noch 4.900 Gewerkschaftsmitglieder. Eine Mehrheit von 2.749 KollegInnen lehnte das Ergebnis ab, nur 2.168 – das entspricht 34,3 Prozent der Mitglieder – waren für eine Beendigung des Arbeitskampfes. Die satzungsgemäß erforderliche Quote von 25 Prozent Zustimmung für ein Verhandlungsergebnis war damit erreicht.

Gerade mal eine Lohnerhöhung von 2,3 Prozent jährlich ist bei der Laufzeit von 24 Monaten herausgekommen. Das Ergebnis deckt noch nicht einmal den Anstieg der Lebenshaltungskosten; es liegt weit unter den Ursprungsforderungen von acht bzw. zwölf Prozent mindestens aber 250 Euro im Monat. Auch die vereinbarte Übertragung des Abschlusses mit dem Bund und den Kommunen konnte nicht realisiert werden. Das Volumen des Ergebnisses liegt bei etwa 25 Prozent der Ausgangsforderungen – eines der schlechtesten Tarifergebnisse in der bundesdeutschen Tarifgeschichte. Üblich war es bisher, wenigstens bei 50 Prozent plus x abzuschließen.

Dabei waren die Voraussetzungen für einen Arbeitskampf günstig. Die BVG ist der größte Nahverkehrsanbieter in Deutschland mit einem gegenüber anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes (öD) besonders hohen Organisationsgrad. An Kampfbereitschaft der Belegschaft mangelte es nicht. Fast 97 Prozent hatten sich für die Aufnahme des Arbeitskampfes ausgesprochen. Ein Ergebnis, von dem selbst in den siebziger und achtziger Jahren viele Gewerkschaften nur träumen konnten. Auch die Öffentlichkeit zeigte – wie schon beim GdL-Streik bei der Bahn – großes Verständnis für die Beschäftigten und ihre Forderungen. Ihren Kampfeswillen demonstrierte die Belegschaft bereits mit dem ersten Warnstreik. Er musste von den ver.di-Gremien wegen der aufgeheizten Stimmung in der Belegschaft vorverlegt und zeitlich ausgedehnt werden.

Doch die günstigen Voraussetzungen wollte und konnte der ver.di-Landesbezirksvorstand nicht nutzen. Die einge-

schlagene Taktik im Arbeitskampf stärkte nicht die Kampfbereitschaft, sondern zermürbte die eigenen Reihen, führte unter den Streikenden zu immer größeren Zweifeln am eingeschlagenen Weg und dessen Erfolgsaussichten.

Fehlende gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit

Bereits nach wenigen Streiktagen war deutlich, dass sich die Gegenseite allein durch die Verweigerung der Arbeitskraft nicht unter Druck setzen ließ. Bevor der Senat die BVG-Beschäftigten allerdings endgültig in die Knie zwingen konnte, musste die öffentliche Sympathie für deren Belange gebrochen werden. Unterstützt durch die örtlichen Medien, führte insbesondere Finanzsenator Sarrazin eine Verdrehungs- und Verleumdungskampagne gegen die Streikenden.

Die Berliner Zeitung (24.5.2008) kommentiert das Ergebnis folgendermaßen: »Sarrazin siegt über die BVG. ... Deshalb ist es mehr als verständlich, dass die Gewerkschaft ver.di bei der Urabstimmung mehr Nein- als Ja-Stimmen kasziert hat. Das ist kein besonders schmeichelhaftes Ergebnis für sie. ... Was jedoch die Öffentlichkeitswirkung anbelangt, hat Sarrazin die Auseinandersetzung gewonnen. Ihm ist es gelungen, den Sozialneid bei den Bürgern zu schüren und die BVG-Beschäftigten als gierige, überbezahlte Elemente darzustellen.«

Um dem Arbeitskampf mehr Schlagkraft zu verleihen, hätte ver.di die Sparpolitik des Senats zur Zielscheibe einer öffentlichen Auseinandersetzung machen müssen. Die Voraussetzungen dafür waren gegeben. Der Finanzsenator Sarrazin gilt als eiskalter und rücksichtsloser Vollstrecker der Sparpolitik. Er war mit seinen öffentlichen Äußerungen zu »überbezahlten« Busfahrern oder »überversorgten« Erwerbslosen nicht nur bei den BVG'lern, sondern bei großen Teilen der Berliner Bevölkerung auf Empörung gestoßen. Der ver.di-Landesbezirksvorstand aber überließ die Initiative dem Senat, er trat dessen Propaganda nicht entgegen.

Das einzig Erfolg versprechende Instrument wurde aus der Hand geben; die Kritik an der Sparpolitik des Senats sollte nicht zum Gegenstand eines gewerkschaftlichen Arbeitskampfes werden. In den Führungsetagen war die Angst vor einer Zuspitzung des Konfliktes größer als vor dem Gesichtverlust gegenüber der eigenen Mitgliedschaft. Deshalb wurde auch die Möglichkeit nicht genutzt, die fast zeitgleich stattfindende Auseinandersetzung in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes mit dem BVG-Streik zusammenzuführen. Schließlich gehören alle Beschäftigten Berlins zu den Opfern der rigorosen Sparpolitik des Senats.

Über die Köpfe der Streikenden: Der faule Kompromiss wird vorbereitet

Auf die publizistische und politische Offensive des Senats reagierten die zuständigen Führungsgremien von ver.di mit Bittgängen und der Beteuerung ihrer Kompromissbereitschaft. Ohne Not – sprich ohne ein Abbröckeln der Streikfront – wurde der Arbeitskampf über die Osterferien ausgesetzt. Zu Recht wurde das von der Öffentlichkeit und der Belegschaft als Rückzug gewertet, denn der Senat hatte sich bis dahin keinen Millimeter bewegt. Stattdessen bewegte sich ver.di – nur in die falsche Richtung. Die eigenen Forderungen wurden um über die Hälfte reduziert. Die offizielle Wiederaufnahme von Tarifverhandlungen sei möglich, wenn der Senat einen Verhandlungskorridor zwischen drei und neun Prozent als Grundlage akzeptiere.

Die Konflikt vermeidende Taktikerei konnte den Senat in seiner kompromisslosen Haltung nur bestärken. Er war auch nach Ostern nicht breit, ein Angebot vorzulegen, mit dem der Landesbezirksvorstand sein Gesicht hätte wahren können. In dieser, für ver.di vollkommen verfahrenen Situation, war eine Wiederaufnahme des Vollstreiks in den alten Bahnen nicht mehr möglich. Das hätte entweder zu einem Abbröckeln des Arbeitskampfes geführt – was soll nach dem Rückzug der ver.di-Führung noch dabei noch herauskommen? – oder aber zu einer Radikalisierung und Politisierung in der Belegschaft. Die zweite Möglichkeit wollte die gewerkschaftliche Führungsriege mit allen Mitteln vermeiden. Die zeitlich begrenzten Teilstreiks – zunächst bei den Werkstätten und später bei den Straßenbahnfahrern – konnten keinen erkennbaren Druck mehr aufbauen. Sie dienten lediglich dazu, Dampf aus dem Kessel gestiegener Unzufriedenheit zu lassen. Die Verhandlungsführer von ver.di waren stärker damit beschäftigt, die eigene Mitgliedschaft auf den faulen Kompromiss vorzubereiten, als dem Gegner noch etwas abzutrotzen. In der Belegschaft fehlte es an einer organisierten gewerkschaftlichen oder politischen Kraft, die den Kurs des ver.di-Vorstandes praktisch beeinflussen konnte. Das Tarifergebnis sieht entsprechend aus.

Die ver.di-Gremien versuchen nach der Urabstimmung das Ergebnis schön zu reden. »*Ein Gaul springt nie höher, als er muss*«, so Frank Bäsler nach dem die erforderlichen Hürde von 25 Prozent Zustimmung genommen war. Die unzufriedenen Kolleginnen und Kollegen der BVG werden auf die Tarifverhandlungen 2010 vertröstet, die man »*besser vorbereiten*« will. Für die aktuell laufenden Arbeitskämpfe in anderen Bereichen des öD in Berlin ist der Abschluss bei der BVG das denkbar schlechteste Signal. Bei einer derartig konfliktstheuernde Führung des Arbeitskampfes durch den ver.di-Vorstand hat der Senat nicht viel zu befürchten.

Wir danken allen,
die die Herausgabe der »Informationsbriefe«
im letzten Jahr durch Abonnement, zusätzliche
Spenden und/oder politische Beiträge
und Informationen unterstützt haben,
an dieser Stelle ganz herzlich. Weiter so!
Trotzdem sind wir zusätzlich auf weitere
Spenden angewiesen. Wichtiger noch sind uns
politische Beiträge und Kritik. Die Red. ■

Die »rot-rote« Koalition: Kompromisslos gegenüber den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften

Die überwältigende Mehrheit gewerkschaftlicher Funktionsträger, soweit sie parteipolitisch gebunden sind, ist Mitglied der SPD oder der Linkspartei. Und ausgerechnet die einzige »rot-rote« Landesregierung der Republik fügt ihren Parteigenossen in den Gewerkschaften eine solche Schlappe zu. An moralischen Anklagen und Appellen der »Betroffenen« mangelte es nicht – aber sie halfen nicht weiter.

Was sind die Gründe für die unbeugsame Haltung des Senats, welche Schlussfolgerungen können wir ziehen?

1. Das Entgegenkommen von Bund und Kommunen bei den Tarifverhandlungen 2008 war auch der Angst geschuldet, die Linkspartei könne auf Kosten der großen Koalition weiter an Anhängern und Wählern gewinnen. Deshalb wollte die Bundesregierung einen Arbeitskampf vermeiden. Da die Linkspartei in den Berliner Senat eingebunden ist, spielten diese Überlegungen keine Rolle.
2. Gerade wegen ihrer Nähe zu den Gewerkschaften gelang es den Berliner Koalitionsparteien in den letzten Jahren, ihre »Spar-«, sprich Umverteilungspolitik, gegenüber den Beschäftigten des öD so reibungslos durchzusetzen. Dabei stießen sie keineswegs auf den Widerstand, sondern auf die Bereitschaft der Gewerkschaftsführungen ihren Beitrag zur Sanierung des Haushaltes und zur Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher Unternehmen zu leisten. Beispiel: Mit dem Sanierungstarifvertrag von 2005 bei der BVG wurde nicht nur das Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Beschäftigten gestrichen, sondern der Tariflohn um 30 Prozent abgesenkt.
3. Die aus den letzten Jahrzehnten gewohnte Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und SPD funktioniere nicht mehr, so die Erklärung für die zunehmende gewerkschaftliche Schwäche und tarifpolitische Rückschläge. Die Verantwortung dafür wird in den Gewerkschaften – auch unter vielen Gewerkschaftslinken – in der »neo-liberalen« Wende der SPD gesehen. Ein schiefes Bild – auch die Gewerkschaften haben sich längst den neuen Bedingungen gebeugt und angepasst – die Tarifabkommen der letzten Jahre belegen es (s. oben). Regierungspolitiker und führende Gewerkschaftsfunktionäre besitzen nicht nur dasselbe Parteibuch, sie sind auch durch gemeinsame politische Überzeugungen verbunden.
4. Die neoliberale Wende der SPD ist die sozialdemokratische Antwort auf die sich verändernden Ausgangsbedingungen und Kräfteverhältnisse. Die Wirtschaft, d.h. das Kapital bestimmen/diktieren die Bedingungen und damit auch den Rahmen bei der Verwaltung der bestehenden Ordnung. Den Spielraum vergangener Zeiten, in denen es gelang die Interessen des Kapitals und Lohnarbeit »sozialverträglich« auszugleichen, haben die Regierenden immer weniger – unabhängig davon, welche Parteien die Regierungskoalition bilden. Allein eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei vermag daran nichts zu ändern. Auf deren Parteitag in Cottbus wurden die Berliner Koalitionäre gelobt – für die Enthaltung bei der Abstimmung über den EU-Vertrag im Bundesrat. Praktische Konsequenzen hat diese Enthaltung nicht. Die Rolle des Senats bei den Tarifverhandlungen diskutierten die Parteitagsdelegierten nicht, obwohl es eine Demonstration von Beschäftigten des öD Berlins vor dem Tagungsgebäude gab. Die konkrete Politik der Berliner Linkskoalitionäre verträgt sich nicht mit dem Anspruch der Partei, die soziale und politische Alternative zur neoliberal gewendeten SPD zu sein. Dieser Wider-

spruch wurde »unter den Teppich gekehrt«, denn die Linkspartei will auch bundesweit ihre Koalitions- und Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen – mit einer SPD, wenn »diese sich wieder zu ihren sozialen Wurzeln bekennt«.

Die Grenzen des reinen Tarifikampfes überwinden

Die Zahl der Arbeitskämpfe ist in letzter Zeit gestiegen; die Streikdauer hat zugenommen; doch die Resultate fallen immer kümmerlicher aus. Dafür ist der BVG-Streik ein besonders anschauliches aber auch klägliches Beispiel. Selbst die Verteidigung der bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen ist mit der Beschränkung auf die Mittel des reinen Tarifikampfes in vielen Bereichen kaum noch möglich. Die Beschäftigten müssen die Gewerkschaften als politisches Instrument nutzen, wollen sie ihren Interessen Geltung verschaffen. Wenn sie in Bewegung geraten, drängen sie instinktiv in diese Richtung – so mit dem Verlangen nach einer Zusammenführung der tariflichen Einzelstreiks im Öffentlichen Dienst. Die Hoffnungen und Erwartungen auf eine Zusammenführung ihrer Kämpfe kamen auch zum Ausdruck, als die GDL während des BVG-Streiks einen Ausstand bei der S-Bahn angekündigt hatte. Ein weiteres Beispiel lieferte die BSH-Belegschaft mit ihrem »Marsch der Solidarität« und der geplanten politischen Kundgebung vor der Siemens-Zentrale in München.

Statt auf eine Fortführung der alten Arbeitsteilung mit Hilfe der Linkspartei und vielleicht einer »geläuterten«

SPD zu setzen, sollten wir hinarbeiten auf die Überwindung dieser Arbeitsteilung, d.h. insbesondere der damit verbundenen gewerkschaftlichen Beschränkung auf das Tarifwesen. Parteien und Gewerkschaften haben unterschiedliche Funktionen und müssen sich auch verschiedener Methoden bedienen. In der Bundesrepublik lief deren Arbeitsteilung aber darauf hinaus, dass sich die Gewerkschaften politischer Aktivitäten weitgehend enthielten. Die politischen Aufgaben überließen sie der Sozialdemokratie als rein parlamentarisches Geschäft.

Die Kräfteverhältnisse haben sich immer stärker zu Gunsten des Unternehmerlagers verschoben. Aus der Position der Schwäche können sich die Lohnabhängigen nur lösen, wenn sie nicht nur auf gewerkschaftliche Abwehrkämpfe beschränken, sondern auch mit außerparlamentarischen Aktivitäten und Aktionen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifen.

Die Bestrebungen, den Tarifikampf mit politischen Parolen und Aktivitäten zu ergänzen und mit anderen Auseinandersetzungen und Streiks zusammen zu führen, stoßen auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaftsvorstände und der von ihnen kontrollierten Apparate. Sie sind mit den sozialdemokratischen Vorstellungen über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften nicht vereinbar. Die Kluft zwischen den Erwartungen der Mitglieder und dem Verhalten der Vorstände wächst. Damit wächst auch die Bereitschaft, die Kritiker mit Hilfe administrativer Methoden mundtot zu machen und zu isolieren. 26. Juni 08 ■

■ MAI-DEMONSTRATION

Nazis fordern den DGB in Hamburg heraus

Der 1. Mai, der »internationale Kampftag der Arbeiterklasse«, wurde in diesem Jahr schon in den Wochen zuvor besonders aufmerksam verfolgt. Nach diesem Ereignis zeigten Fernsehen und Presse Bilder von brennenden Autos und ihr komplettes Unverständnis für politische Motive und Kräfteverhältnisse, die sich in den Demonstrationen zeigten. Aber nicht nur sie, auch der Vorsitzende des verdi-Landesverbandes, Wolfgang Rose, hatte eine ganz besondere Sicht der Dinge, als er am 7. Mai in der Bürgerschaft während einer eilig einberufenen »Aktuellen Stunde« Stellung nahm:

»... war es gut und wichtig, was am 1. Mai auch geschehen ist: Dass auf den beiden Demonstrationen in Barmbek uns auf dem Spielbudenplatz zusammen weit mehr als 10.000 Menschen für soziale und demokratischen Arbeitnehmerrechte, gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße gegangen sind. ... Und es ist nicht alltäglich, dass sich christliche Kirchen, islamische und jüdische Gemeinde, Intendanten ... zusammengetan und einen gemeinsamen öffentlichen Aufruf gestartet haben ... Und gerade vor diesem Kontrast fällt auf, was in Hamburg fehlte: Wo war der Erste Bürgermeister an diesem Tag und den Tagen davor? Wo war der Vorsitzende der größten Hamburger Regierungspartei ... Ich finde: eine klare öffentliche Stellungnahme konnten die Hamburgerinnen und Hamburger ... mit Recht von ihrem Bürgermeister erwarten. Denn Sie, Herr Bürgermeister, sind der Repräsentant aller Hamburgerinnen und Hamburger, also auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch der mehr als 200.000 Gewerkschaftsmitglieder dieser Stadt...«

Uns fällt dagegen auf, was angesichts solcher Betteleien von Gewerkschaftsfunktionären vor der Bürgerschaft

tatsächlich fehlt: Eine Kraft, die eine nüchterne, den eigenen Organisationen gegenüber rücksichtslose Analyse der politischen Kräfte entwickelt. Darin eingeschlossen alle, die an diesem 1. Mai in Hamburg im Widerstand gegen die Nazi-Demonstration zusammengefunden haben.

Um dafür einige Stichpunkte zu entwickeln, sollen vorab die Ereignisse um den 1. Mai in Hamburg knapp skizziert werden.

Vor den Demonstrationen...

Faschisten hatten für den 1. Mai einen Aufmarsch angemeldet, der im selben Stadtteil Barmbek (nordöstlich der Alster) stattfinden sollte wie die Kundgebung des DGB. Wann der DGB von dieser Anmeldung erfuhr und wie er darauf reagierte, bleibt für die Mitglieder bis heute unklar. Aber eben diese Unklarheit trug Ende Januar zu erheblicher Unruhe in den Kreisen der noch aktiven Gewerkschafter bei. Denn der DGB zog seine eigenen Pläne für eine Demonstration vom Gewerkschaftshaus nach Barmbek zurück und plante eine Kundgebung in St. Pauli (westlich der Alster) auf dem Spielbudenplatz.

In verschiedenen Gremien der DGB-Gewerkschaften wurde dieser Ausweg der DGB-Führung empört diskutiert: Warum wurden nicht umgehend die Mitglieder mobilisiert und Einspruch erhoben bei Bürgerschaft, Senat und Gerichten? Bis heute gibt es auf diese Fragen keine Antwort. Trotzdem gelang es dem DGB, für seinen Vorschlag: Maifeier auf dem Spielbudenplatz die Zustimmung der zuständigen Gremien mit knappen Mehrheiten zu erhalten. »Wir wollen uns an unserem Feiertag nicht auf die Rolle des Gegendemonstranten der Nazis reduzieren lassen« war ein



Argument, das andere lautete: an der 1. Mai-Demo sollen auch Familien mit Kindern teilnehmen können, das sei bei einem gleichzeitigen Aufmarsch von Nazis und Polizei in Barmbek nicht gegeben.

Es blieb der DGB-Jugend als Teil eines Bündnisses überlassen, zunächst isoliert von der großen Zahl der übrigen Gewerkschaftsmitglieder, gegen den Aufmarsch der Faschisten Präsenz zeigen zu wollen. Sie beteiligte sich (vorher schon) an den Debatten im »Hamburger Bündnis gegen Rechts« (HBgR). Dieses Bündnis reicht »von DGB-Jugend über VVN, Hamburger Forum und Flüchtlingsrat bis hin zu Avanti ... Wir kooperieren seit Jahren mit der »Linken«, gelegentlich der GAL und ständig mit autonomen und unabhängigen Antifa-Gruppen ... sind wir immer für berechenbare Aktionen eingetreten, welche nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei suchen, sondern mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis die Straße streitig machen.« (aus einer Erklärung eines im Bündnis aktiven Kollegen) Das HBgR hatte schon Anfang März ein Bündnis-Treffen mit weiteren »autonomen« und »unabhängigen« Antifa-Gruppen, auf dem Einigung erzielt wurde, dass eine gemeinsame Demonstration in Barmbek die Präsenz der Faschisten verhindern soll. Das Bündnis existiert in unterschiedlichen Zusammensetzungen schon mehrere Jahre.

Die Gruppe »jour fixe – Gewerkschaftslinker« war ebenfalls etwa Ende Januar über die Entscheidung des DGB informiert und suchte auf Bündnis-Gesprächen den Kontakt zum HBgR. Ihr Ziel, die vom DGB aufgegebenen Demonstration vom Gewerkschaftshaus nach Barmbek auf jeden Fall zu organisieren, fand beim HBgR kein Echo, eher Unverständnis und wurde von mehreren Organisationsvertretern dort als »Spaltung« begriffen.

Der Hamburger Ortsvereinsvorstand des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie (FB 08) machte in einem »Offenen Brief an die DGB-Vorstände...« (8. April) den Vorschlag, bei Beibehaltung der angemeldeten Demo nach St. Pauli auf jeden Fall auch nach Barmbek zu demonstrieren. Neben dem Hinweis auf die historische Bedeutung dieses Tages machte der OVV deutlich: »Der DGB-Jugend wird es überlassen, Gewerkschafter-Präsenz in der Nähe der Nazis zu zeigen. Ist das die »moderne Präsenz der Gewerkschaften« auch in den Betrieben, die Jugend zur Unternehmensleitung zu schicken und dort stellvertretend die

Interessen der ganzen Belegschaft zu vertreten? ... diese politisch katastrophale Entscheidung wird nicht abgemildert dadurch, dass die DGB-Jugend »lange Leine« bekommt und sich in diesem Falle mit anderen sozialen Gruppen und Organisationen verbünden kann...«

Dieser »Offene Brief« (zuerst von ca. 85 Kolleginnen und Kollegen unterschrieben, einige Tage später waren es etwa 120) hatte zwar eine private Mail des DGB-Vorsitzenden zur Folge, rief aber keine politische Reaktion in den Vorständen der Einzelgewerkschaften hervor. Der DGB-Jugend wurde der Brief ebenfalls übergeben und erläutert. Sie hätten von anfang an gegen die Verlegung der Demo und Kundgebung argumentiert und nun vom Stress mit den Vorständen von DGB und Einzelgewerkschaften die Nase voll, »das haben wir alles schon hinter uns, jetzt müssen wir uns auf die Organisierung der Demonstration konzentrieren«, war etwa die Antwort.

Einige Kolleginnen und Kollegen aus »jour fixe« und verdi-Ortsverein trafen sich mit Vertretern der Linkspartei (den dort organisierten Gewerkschaftern), das hatte aber keinerlei praktisches Ergebnis. Die Linkspartei wollte die vom DGB fallengelassene Demo vom Gewerkschaftshaus nach Barmbek nicht anmelden.

Daraufhin rief der verdi-OVV-Vorstand die von ihm erreichbaren Mitglieder auf, (ohne Demonstration) direkt zum Sammelplatz der DGB-Jugend in Barmbek zu kommen. Ähnlich hatten bis kurz vor der Demonstration auch der verdi-Fachbereich 11 und der Fachbereich 3 entschieden, sie riefen ihre Mitglieder zur Beteiligung an der Demonstration in Barmbek auf. Auch in der IG Metall hatte es vor allem bei den Senioren und den Arbeitslosen kritische Einwände gegen die DGB-Entscheidung gegeben, in deren Folge auch Metaller nach Barmbek kamen.

Zusammenfassend kann im Nachhinein festgehalten werden, dass innerhalb der Gewerkschaften die Reaktionen aus den Reihen der noch aktiven, älteren Mitglieder zögerlich und spät kamen, sie waren unkoordiniert und vereinzelt. Das einigende Band war eine **selbstverständliche antifaschistische Grundhaltung**, mit der »der DGB auf seine eigentliche Aufgabe« eingeschworen werden sollte. Das allein reichte nicht, in jeder Gewerkschaft, in jedem Fachbereich von verdi »für sich allein« wurden die Auseinandersetzungen um Satzung, Antragsrecht, verstrichene



Termine, Verbote für die Jugend, Faxgerät und anderes zu benutzen, geführt. Einige setzten sich durch, andere nicht.

DGB-Vorstand, verdi-Landesvorstand und alle anderen Gewerkschaftsvorstände ignorierten die Vorbereitungen des HBgR, an dem die DGB-Jugend ja von Anfang an beteiligt war. Neben dem HBgR, aber in enger Absprache entwickelte sich unter dem Label »Barmbek ist bunt« eine Initiative von Anwohnern und Geschäftsleuten, die sich öffentlich als Antifaschisten bekennen wollten.

DGB-Vorstand und Gewerkschaftsvorstände mobilisierten in ihren Veröffentlichungen ausschließlich für ihre Kundgebung in St. Pauli – zusammen mit evangelischer und katholischer Kirche. Die DGB-Jugend sieht es allerdings im Nachhinein als Erfolg, dass es das erste Mal in der Geschichte der Hamburger Maiaufrufe gewesen sei, dass zwei Aufrufe parallel verteilt wurden – der offizielle und der der Jugend.

Demonstration in Barmbek...

Erst in der Nacht vor der Demonstration legte ein Gerichtsbeschluss des Obergerichtes (nach Anrufung durch das HBgR) fest, wo wer laufen darf. Die bis dahin aufrecht erhaltene (und vom VG zuvor bestätigte) Forderung der Polizei nach größtmöglicher räumlicher Trennung von Faschisten und Antifaschisten wurde zurückgewiesen. Der Kern des Stadtteils Barmbek konnte von den Antifaschisten »belaufen« werden, die Faschisten wurden anfangs am Rande des Stadtteils von der Polizei gehalten, konnten dann den Stadtteil an der nördlichen Seite durchqueren, um ihren Marsch im Norden zu beenden. Die Polizeileitung hatte es nicht fertiggebracht, trotz des ersten Redners der Faschisten (der einschlägig vorbestraft ist), die Faschisten-Demo zu verbieten, sie entschied unter dem permanenten Druck der anwesenden Oberfaschisten, dass diese ihren Marsch beginnen könnten.

Nur wegen des Nachgebens gegenüber den Faschisten entstand an einer Stelle eine räumliche Nähe, die der Polizei nicht »in den Kram« passte, wofür sie aber nachträglich den Gerichtsbeschluss des OVG (zusammen mit CDU, FDP und teilweise auch SPD) verantwortlich machte. Die Zusam-

1) Inzwischen stellt sich immer deutlicher heraus, dass die Polizeitaktik (von den Senatsverantwortlichen forciert oder zumindest gebilligt) vor der Entscheidung des OVG darauf hinauslief, eine **massive Provokation aller Initiativen in Barmbek und des HBgR zu inszenieren**: Obwohl vor dem 1. Mai von Tag zu Tag klarer wurde, dass sich die Bürger des Stadtteils gegen den Durchmarsch der Faschisten aktiv zur Wehr setzen wollten, verlangte die Polizeiführung für die Demonstration der Faschisten genau dies über die Hauptgeschäftsstraße, während sie der Demo des HBgR eine Route aus dem Stadtteil 'raus zuwies.

menstöße zwischen Demonstranten, Polizei und ihre Folgen seien Ergebnis einer Fehlentscheidung des Obergerichtes, schließlich habe zuvor das Verwaltungsgericht die Demonstration des HBgR nicht zugelassen¹⁾.

Die Faschisten konnten rund 1500 Anhänger aus ganz Norddeutschland einschließlich Dänemark und Holland mobilisieren. Unter ihnen waren Unterschiede zwischen so genannten »Autonomen Nationalisten« und NPD-Anhängern im Verhalten erkennbar. Die Militanz der ersteren war für die Beobachter von den bürgerlichen Medien ungewohnt, weniger für Antifa-Gruppen, die sich schon länger in der Auseinandersetzung mit Faschisten befinden.

Das HBgR versammelte morgens um 10 Uhr am U-Bahnhof Barmbek mehrere Tausend Menschen. Als der Zug sich dann um 12 Uhr in Bewegung setzte, wurden von allen Beobachtern mindesten 10.000 Menschen wahrgenommen. Da die Route dieselbe war, wie sie die Faschisten angemeldet hatten, war beabsichtigt, mehrfach »Sitzpausen« zu machen, da anzunehmen war, dass diese zwei Stunden später den Weg freigegeben bekommen würden. Das klappte nicht gut, da die große Menge der Demonstranten für alle Organisatoren ungewohnt war. Das HBgR konnte sein selbstgestecktes Ziel (*»sind wir immer für berechenbare Aktionen eingetreten, welche nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei suchen, sondern mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis die Straße streitig machen«* aus einer Erklärung gegenüber dem »jour fixe«) weitgehend einhalten und gegenüber Ungeduldigen in den eigenen Reihen durchsetzen. Insofern machte der Demonstrationzug bis zu seiner offiziellen Auflösung einen kraftvollen, entschiedenen Eindruck.

Die Gewerkschafter hatten sich mehr oder weniger privat verabredet am Treffpunkt der DGB-Jugend (eine U-Bahn-

Bertolt Brecht schrieb 1935:

»Die Geschäfte des Kapitalismus sind nun in verschiedenen Ländern (ihre Zahl wächst) ohne Rohheit nicht mehr zu machen. Manche glauben noch, es ginge doch; aber ein Blick in ihre Kontobücher wird sie früher oder später vom Gegenteil überzeugen. Das ist nur eine Zeitfrage. Es kann in einem Aufruf gegen den Faschismus keine Aufrichtigkeit liegen, wenn die gesellschaftlichen Zustände, die ihn mit Naturnotwendigkeit erzeugen, in ihm nicht angetastet werden. Wer den Privatbesitz an Produktionsmitteln nicht preisgeben will, der wird den Faschismus nicht loswerden, sondern ihn brauchen.« ■



Station vom Barmbeker Bahnhof entfernt) und mit einigen Gewerkschaftsfahnen und sehr wenigen selbstgemachten Transparent (Ausnahme: s. oben) eingefunden. Sie gingen dann unter Führung der DGB-Jugend und der VVN zum Treffpunkt des HBgR und reichten sich dort in die Wartenden ein. Es waren die etwa 2000 Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Jahren den Großteil der Mai-Demonstrationen ausmachten und von denen viele sich alltäglich für gewerkschaftliche Aufgaben einsetzen, dazwischen auch mehrere Hauptamtliche. Die DGB-Jugend hatte Jugendgruppen aus anderen Städten eingeladen, sie und die VVN bildeten die Spitze der Demonstration. Transparente mit sozialen und politischen Parolen waren nicht zu sehen.

Die Gewerkschafter waren ein kleinerer Teil der Demonstration, dazu viele Anwohner, doch dominiert war ein breites antifaschistisches Spektrum, dazu Autonome im weitesten Sinne, der Altersdurchschnitt deutlich jünger als jede Gewerkschaftsdemonstration in den letzten Jahren.

Was die Schlag-Zeilen und Bild-Berichte prägte, ereignete sich, weil die Kundgebung der Faschisten – aufgrund der kurzfristigen Gerichtsentscheidung – außerhalb des Barmbeker Wohngebiets von der Polizei dem herrschenden Demokratieverständnis entsprechend durchgesetzt wurde.

... und auf St. Pauli

Der DGB-Vorstand hatte ausschließlich für die von ihm organisierte Demonstration vom Gewerkschaftshaus nach St. Pauli geworben. Es kamen nach zwei Stunden etwa 1500 in St. Pauli an, zu den schon vor der Bühne anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Das Bild war stark geprägt von den eingeladenen Religionsvertretern, die auch wesentliche Redebeiträge hielten. Der DGB-Vorstand nutzte die Tatsache, dass der christliche Feiertag »Himmelfahrt« auf den 1. Mai fiel, um den Religionsvertretern den Vorrang zu geben vor Rednern aus den eigenen Reihen, z.B. aus aktuell sich in Tarifeinverhandlungen befindenden Betrieben.

Es waren verdi-Kolleginnen und Kollegen aus den Mitarbeitervertretungen kirchlicher Einrichtungen (MAVen), die in der Verkleidung als Bettelmönche die anderen Gewerkschafter und die Bischöfin darauf hinwiesen, dass die gerade laufenden Tarifgespräche von den Kirchenvertretern boykottiert wurden.

Am Ende wurde auf der Bühne für viel Geld eingekaufte Musik gemacht. Eine in verdi organisierte Rundfunkmitarbeiterin meinte später, diese DGB-Kundgebung habe ein jämmerliches Bild hinterlassen. Die bürgerliche Presse hat diese Mai-Veranstaltung quasi ignoriert, die Flammenbilder aus Barmbek waren ihr mehr wert.

Nach den Demonstrationen

Gleich am nächsten Tag, am 2. Mai, hatte der DGB-Vorstand zu einer Feierstunde im Gewerkschaftshaus eingeladen, einmal vormittags, einmal nachmittags. Es wurde ein Kranz abgelegt unter dem Gedenkschild an der Außenwand, das auf die Übergabe des Hauses an die Nazis am 2. Mai 1933 hinweist. Einer der noch wenigen Zeitzeugen und ein Historiker sprachen. Anwesend waren maximal 20 Personen, Pressevertreter waren offenbar nicht gekommen. Ein pensionierter Bevollmächtigter der IG Metall war anwesend, er meinte, ein für die Gewerkschaften so schlechtes Bild dürfe sich nicht wiederholen, der nächste 1. Mai müsse anders gestaltet werden.

Die Linkspartei hat die Ereignisse am 1. Mai offenbar nur in einem »BürgerInnenBrief Mitte« aufgegriffen. Dort wurden sie dargestellt als »Streit in der Hamburger Bürger-schaft über die Auseinandersetzungen ...«, zu der VertreterInnen der Linken und der SPD Stellung nahmen.

Das »jour fix – Gewerkschaftslink« lud am 4. Juni zu einer Bilanz-Diskussion ein, es war eine sehr gut besuchte Versammlung auch mit Leuten, die sonst nicht zu Treffen von Gewerkschaftern kommen. Ein Vertreter des »freien Sender-Kombinat fsk« (Lokal-Radio-Initiative) hatte eine zu



Die bürgerliche Presse hat nur eine Aufgabe wahrgenommen: Aufheizen, Pauschalieren, dem »Stammtisch« die Parolen liefern, den Acker für die »Ordnung« eines autoritären Staatsverständnisses bereiten.

allen anderen Anwesenden entgegengesetzte Einschätzung der Demonstration: Es sei eine Niederlage gewesen, weil die Faschisten doch ein Stück hätten marschieren können. Und weil sie im Nachhinein ihre Schlägereien im Internet gut aufbereitet als Siegesmeldungen verbreitet hätten. Der fsk-Vertreter nahm die Aussagen der Faschisten wörtlich und verwendete sie als Argument, obwohl ihm doch bekannt sein muss, dass solche Leute lügen, sobald sie den Mund aufmachen. Das gestiegene Selbstvertrauen der Anwohner hielt er für »leichtfertig«, weil sie die Rolle des Staatsapparates nicht analysiert hätten – eine völlig überzogene Anforderung an die falsche Adresse.

Alle anderen Diskussionsteilnehmer werteten die Demonstration als Erfolg, betonten dabei die erlebte Zusammenarbeit und gegenseitige Verbindlichkeit, auch zur Stadtteil-Initiative »Barmbek bunt«. Verschiedene »*handwerkliche Schwächen*« wurden benannt, wie: zu schwacher Lautsprecherwagen, keine Verbindungen vom Lautsprecherwagen zu den Menschen weiter hinten, Differenzen zwischen der Demoleitung und den Megafon-Übermittlern, Unklarheit zum Ende der Demo ab 15.00 Uhr, gerade als erkennbar wurde, dass die Polizei den Weg für die Faschisten doch noch freipritzen würde, etc. Es gab natürlich unterschiedliche Betonungen dabei.

Die Kritik am DGB war zwar unterschiedlich, aber einhellig und deutlich: Die Gewerkschaften hätten ihre ureigene Aufgabe, sich der Provokation der Faschisten zu stellen und ihnen keinen Platz zu lassen, nicht wahrgenommen. Insgesamt war die Kritik getragen von hohen Ansprüchen an »*die Gewerkschaften*«. Ein DGB-Jugendfunktionär, der auch im HBgR mitarbeitete, war auf dieser Veranstaltung dabei und diskutierte mit, er hielt mit seiner Kritik am DGB-Verhalten nicht zurück.

Auf einer Bilanz-Veranstaltung des HBgR 14 Tage später betonten mehrere Anwohner, dass sie das Gefühl des Zusammenhalts so deutlich wie nie zuvor erlebt hätten, dass dieses Mut mache, im Stadtteil weiter aktiv zu werden. Und: man würde nicht verstehen, warum es trotz aller Absprachen zu Demolierungen, Zerstörungen, Brandlegungen am Rande der Demo gekommen sei. Gleichzeitig wurde auch die Abwesenheit des DGB kritisiert, vor allem von anwesenden Gewerkschaftern und Vertretern der Linkspartei. Das war einigen Barmbek-Anwohnern irgendwann »*zuviel Politik*« und »*nicht wichtig für den Stadtteil*«.

Der Vertreter des Bündnisses »Barmbek blüht« betonte die Zivilcourage von überraschend vielen Geschäftsleuten und Sozialeinrichtungen im Stadtteil, dabei sei hervorzuheben, dass gerade die Kleingewerbetreibenden mit migrantischem Hintergrund die entschieden Engagierten in dieser Initiative gewesen seien. In neun Kirchen läuteten um 14 Uhr die Glocken als Zeichen des gemeinsamen Protests. Die Organisatoren der Barmbeker Demo hätten »*die ganze Zeit einen Tiger geritten*«, viele einzelne Details (z.B. das Gerichtsurteil des OVG) seien diesmal zu ihren Gunsten gelaufen, was für eine künftige Situation gleicher Art nicht zu erwarten sei. Es habe eine Reihe Schwächen in der technischen Abwicklung der Demo gegeben, die unbedingt in einer neuen Situation vermieden werden müssten. Man wolle auf jeden Fall weitermachen und die positiven Elemente der Zusammenarbeit ausbauen. »*Wir haben dem DGB den Arsch gerettet, wir sollten ihn jetzt hierher nach Barmbek zu einer Diskussion über das künftige Verhalten gegenüber dem Auftreten von Faschisten einladen*«.

Unsere Schlussfolgerungen

Wie weit das Ansehen der DGB-Gewerkschaften durch **diese Reaktion** auf die Faschisten-Provokation bei ihren eigenen Mitgliedern gelitten hat, wird sich bei den nächsten

»Vor genau 75 Jahren ...

...haben die Nazis die damaligen Gewerkschaften zerschlagen und die Gewerkschaftshäuser okkupiert – zur Erinnerung daran wurde vor fünf Jahren in einer Feierstunde »ehrenden Gedenkens« am DGB-Haus am Besenbinderhof eine Tafel angebracht. Und jetzt, bei der ersten Provokation der Nachfahren jener Nazi-Banden durch ihre Okkupation unseres Kundgebungsplatzes, sollen wir zurückweichen? Was ist das für ein ehrendes Gedenken an diejenigen, die vor 75 Jahren in die Gefängnisse geprügelt wurden, die im weiteren Verlauf durch die Nazi-Banden zu Tode gekommen sind?« Aus dem Brief des Ortsvereinsvorstandes FB 08, er blieb unbeantwortet.

Einen Tag vor der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser, am 1. Mai 1933, waren Millionen gewerkschaftlich organisierter Kolleginnen und Kollegen unter Hakenkreuzfahnen den Marschkolonnen der Nazis zugeordnet. Die damalige Gewerkschaftsführung hatte sie dazu aufgerufen: »*Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder der Gewerkschaften auf, im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allorts an der von der Regierung veranlaßten Feier festlich zu beteiligen.*« Die Erwartung der ADGB-Führung, mit diesem Aufruf die Weiterexistenz der gewerkschaftlichen Organisationen sichern zu können, erfüllte sich nicht. ■

Problemen in den anstehenden Tarifaueinandersetzungen zeigen. Denn die Gewerkschafter, die bei dieser Mai-Demonstration ihrer antifaschistischen Grundhaltung entsprechend mit den Füßen abgestimmt und meistens sich gegen die Vorstände »für Barmbek« entschieden haben, müssen deshalb nicht gleich ab jetzt alle Entscheidungen der Vorstände kritisch beurteilen.

Diese **antifaschistische Grundhaltung** war der dünne Kontaktfaden zu einer Bevölkerungsgruppe, die für die Verteidigung von bisher gewährten tariflichen Zugeständnissen bisher keine Rolle gespielt hat, objektiv und auch subjektiv nicht, Mitarbeit in den formalisierten Strukturen der Gewerkschaften ist im wesentlichen »nicht ihr Ding«.

Auf Seiten der haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitglieder wie auch auf Seiten der hier in Hamburg-Barmbek aktiv Gewordenen herrschen oftmals Vorurteile und Vereinfachungen, die nur in einem langwierigen **Prozess der konkreten Zusammenarbeit** abgebaut werden können. **Ein Anfang ist gemacht!**

Das HBgR als erster organisierter Ausdruck außerhalb der Gewerkschaften kann für sich in Anspruch nehmen, bewiesen zu haben, dass Absprachen eingehalten werden, dass Verlässlichkeit da ist. Innerhalb der Gewerkschaften ist eine Skala an Interessierten vorhanden, mehr als sich die Außenstehenden vorstellen können. Nur: Diese Kolleginnen und Kollegen, die an mehr als nur-gewerkschaftlichem Tarifschacher interessiert sind, haben innerhalb der Gewerkschaften keinen Zusammenhang, sie haben zur Zeit noch nicht den Weg gefunden, sich zum Zweck des politischen Austausches zu organisieren, um in den übereinstimmenden Fragen – hier die antifaschistische Praxis der DGB-Gewerkschaften – Durchsetzungskraft zu erlangen. ■

■ WARNSTREIKS IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Endloser Tarifkonflikt im Einzelhandel



Eine unendliche Geschichte scheint sich derzeit im Einzelhandel abzuspielden. Seit Ende April 2007 sind die Lohn- und Gehaltstarifverträge ausgelaufen und die Manteltarifverträge gekündigt. Sie werden in den einzelnen Bundesländern, so z.B. Hessen, formal getrennt, inhaltlich aber bundesweit koordiniert abgeschlossen. Die Unternehmensverbände sprechen ihr Verhalten untereinander ebenso ab wie die Landesbezirke der Gewerkschaft ver.di, Fachbereich 12 (Handel). Seit April letzten Jahres liegen Lohnforderungen der Gewerkschaft auf dem Tisch, Angebote der Unternehmer (Hauptverband des Deutschen Einzelhandels – HDE) auch – aber es bewegt sich kaum noch etwas, ein Abschluss kam seither nicht zustande.

Die KollegInnen dieser Branche, die in Deutschland ca. 2,6 Mio. Menschen beschäftigt, streiken immer wieder, doch die Kunden und die mediale Öffentlichkeit spüren davon offensichtlich nur wenig, und die Geschäftsführungen der Unternehmen hoffen darauf, die Situation aussitzen zu können.

Im wesentlichen wird diese Lage bestimmt durch drei Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft:

1. Das eine ist der scheinbare Widerspruch, dass die deutsche Exportökonomie brummt, andererseits der Binnenmarkt nach wie vor schwächelt. Wenn von den VerbraucherInnen wenig gekauft wird, leiden die Umsätze der Einzelhandelskonzerne und -läden.
2. Das andere ist ein spezieller Aspekt, nämlich die fast völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten, deren Regelung nun in die Zuständigkeit der Länder fällt und dort zur Unterbietungskonkurrenz verkommen ist. Damit ist ein Problem zum zentralen Streitpunkt geworden, das jahrzehntelang unter dem alten Ladenschlussgesetz in der BRD keine Rolle spielte: die Spätöffnungszuschläge zur Abgeltung »ungünstiger Arbeitszeiten«.
3. Der dritte Komplex betrifft prekarierte Beschäftigungsverhältnisse mit Löhnen, die nicht zum Leben reichen. Weil gerade der Einzelhandel zu den Branchen gehört, in denen Unternehmen sehr ausgiebig Gebrauch davon machen, fordert ver.di hier so etwas wie einen branchenspezifischen Mindestlohn.

Die Umsatzkrise im Einzelhandel

Im Jahre 2007 wurde die BRD erneut »Exportweltmeister«. Für 989 Mrd. EUR wurden Waren exportiert, der Anteil dieser Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg auf 47 Prozent, und der Außenhandelsüberschuss betrug 168 Mrd. EUR. Die Konkurrenzerfolge im Weltmarkt wie auch

im EUR-Währungsgebiet werden um den Preis brutaler Senkung der Produktionskosten realisiert. In Deutschland sinken die Lohnstückkosten (besonders im verarbeitenden Gewerbe), während sie in anderen Ländern gleichzeitig zumeist steigen. Dieses Lohndumping in Deutschland, das tariflich durch bescheidene Lohnabschlüsse der Gewerkschaften, politisch durch die Hartz-Gesetze (Senkung von »Lohnnebenkosten«, Förderung der Leiharbeit), Privatisierung im öffentlichen Dienst etc. vorangetrieben wurde, ist ein großer Konkurrenzvorteil des deutschen Kapitals. Die Kehrseite ist der Verlust an Massenkauflkraft, unter der die Branchen leiden, die darauf angewiesen sind, wie eben der Einzelhandel. Kein anderes größeres Industrieland ist derart exportabhängig strukturiert, und dieser Umstand bestimmt mit über die Ausrichtung der Kapitalinteressen hierzulande.

Die Lohnquote (Anteil der Löhne an allen in einer Volkswirtschaft erzielten Einkünften) ist seit dem Jahr 2000 von 72,2 Prozent auf 64,6 Prozent (2007) gesunken – nur die Gewinne der Konzerne stiegen entsprechend. Gerade in vier Jahren Konjunkturaufschwung (2004 – 2007) hatte sich diese Entwicklung noch beschleunigt. Für das Jahr 2007 errechnete das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. (isw) einen Betrag von 112 Mrd. EUR Verteilungsverlust für die ArbeitnehmerInnen durch die Senkung der Lohnquote gegenüber von 2003. Dies ist **Resultat der Schwäche der Gewerkschaften im Verteilungskonflikt** mit dem Unternehmerlager und wirkt sich als sogenannte Konsumschwäche speziell im Einzelhandel in einer seit Jahren andauernden Umsatzkrise aus: Im Jahrzehnt seit 1998 schwankten die Wachstumsraten in der Branche zwischen maximal + 2,4 Prozent und – 1,6 Prozent (ganz anders etwa im Groß- und Außenhandel). Die Appelle der Gewerkschaftsführungen, z.B. aus dem »Ressort Wirtschaft« im ver.di-Bundesvorstand, an Politik und Kapital, durch entsprechend hohe Tarifabschlüsse, Steuersätze und Konjunkturprogramme zur Stützung der Massenkauflkraft beizutragen, sind freilich vergeblich, weil sie die Positionen der Gegenseite nicht als harte Klasseninteressen wahrhaben wollen. Die Unternehmer in der Einzelhandelsbranche ziehen für sich daraus den Schluss, ihre eigenen Lohnkosten umso radikaler senken und die Arbeitsproduktivität steigern zu müssen.

Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel war 2007 rückläufig, nämlich nominal – 1,2 Prozent, in Preisen des Jahres 2000 – 2,2 Prozent. Die Beschäftigung hatte um ein halbes Prozent leicht zugenommen, jedoch unterschiedlich nach

Arbeitszeit: Während Vollzeit um 0,3 Prozent abnahm, wurde Teilzeit um ein volles Prozent erhöht, die Jobs wandern also zum prekären Bereich (Zahlen nach dem Statistischen Bundesamt). Von besondere Bedeutung für die Tarifrunde sind Warenhauskonzerne wie Metro (u.a. Kaufhof) und Arcandor (u.a. Karstadt), weil sie aufgrund ihrer Größe die streikfähigsten Betriebe im Einzelhandel sind. Gleichzeitig sind in diesem Zweig die schwächste Umsatzentwicklung und der stärkste Arbeitsplatzabbau (hier auch bei Teilzeit) festzustellen.

Nach Angaben der Gewerkschaft, die ihre Daten auf das Statistische Bundesamt stützt, hat sich die »wirtschaftliche Situation der Vertriebslinie Warenhaus mit den Flaggschiffen Karstadt und Kaufhof ... nicht gebessert. Sowohl beim Umsatz als auch bei der Beschäftigung ist die Entwicklung weiter rückläufig.« (ver.di-Bundesvorstand, FB 12, Branchenpolitik aktuell, März 2008). Im Jahr 2007 gab es demnach in den Warenhäusern gegenüber 2006 einen Rückgang des Umsatzes um 4,9 Prozent. Bezogen auf den Vorjahresmonat fällt der Rückgang noch deutlicher aus, weil Vorzieheffekte wegen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1.1.2007 im Dezember 2006 einen außerordentlichen Umsatzzuwachs beschert hatten, der im Dezember 2007 nicht annähernd erreicht werden konnte. Die Beschäftigtenentwicklung folgt den rückläufigen Umsätzen. Gegenüber dem Vorjahr 2006 sank die Zahl der Beschäftigten um 4,2 Prozent. Dabei nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (-6,1 Prozent) stärker ab als die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (-1,8 Prozent).

Der Konflikt um die Spätöffnungszuschläge

Eine schwere Niederlage für die Gewerkschaft HBV bzw. ver.di war die zuerst schrittweise, dann mit dem tiefen Schnitt der sogenannten Föderalismusreform vorangetriebene Freigabe der Ladenschlusszeiten an Werktagen. Waren früher bis auf markante Ausnahmen (Bahnhöfe, Tankstellen, Kioske, Kurortbetriebe) die Zeiten bundesweit gleich geordnet und auf 18.30 Uhr begrenzt, so sind sie heute fast ins Belieben der Betriebe gestellt und sehr großzügig nur noch durch Landesgesetze geregelt. In Hessen etwa gibt es von Montag bis Samstag keine gesetzliche Begrenzung mehr. Es liegt auf der Hand, dass dieser neoliberale Angriff die Konkurrenz zwischen den Unternehmen auf mörderische Weise antreibt und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtert, wenn auch 24-Stunden-Öffnungszeiten (wie in den USA) hierzulande noch nicht vorstellbar erscheinen. Jedoch schon bei Zeiten bis 20 Uhr oder 22 Uhr (wie z.B. Rewe in bereits mittelgroßen Städten) werden die Bedingungen des Personaleinsatzes zu einer zentralen Frage in der Konkurrenz. Für die Beschäftigten bedeutet diese Verlängerung der Betriebslaufzeiten eine Mehrbelastung, die allenfalls bei entsprechender Mehrvergrößerung erträglich ist.

Da ver.di die Deregulierung der Ladenschlusszeiten mit politischen Kundgebungen nicht verhindern konnte, setzte sie auf die Verteuerung »sozial ungünstiger Arbeitszeiten« durch Zuschläge. Davon aber wollen sich die Einzelhandelsunternehmen jetzt verabschieden. Das gewerkschaftliche Argument, man müsse die »Zeitsouveränität« der Beschäftigten verteidigen bzw. zurückgewinnen, läuft den Interessen der Warenhauskonzerne zuwider, die möglichst gefügsame und wehrlose Belegschaften haben wollen.

Auf der Internetseite des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) heißt es in Form einer sachlich neutralen Feststellung: »Vor dem Hintergrund der geänderten Rechtslage zur Ladenöffnung müssen auch die Regelungen in den Manteltarifverträgen angepasst werden. Spätöffnungszuschläge ab 18.30 Uhr und samstags ab 14.30 Uhr sowie Nachtzuschläge bereits ab 20.00 Uhr sind mit der gesetzlichen Neuregelung sowie den geänderten Lebensge-

wohnheiten der Kunden nicht mehr vereinbar.« Es waren die Einzelhandelsverbände selbst, die die Aufweichung und weitgehende Abschaffung der Ladenschlusszeiten gefordert hatten, und die Kapitalisten der wichtigsten Branchen, die durch Neuregelung von Arbeitszeiten die Änderung von »Lebensgewohnheiten« der KonsumentInnen maßgeblich herbeiführten. Nun muss gesellschaftliches Leben sich nicht auf alle Zeiten nach fordistisch geprägtem Trott vollziehen. Doch von Selbstbestimmung der KundInnen wie der Beschäftigten kann nur in sehr engen Grenzen die Rede sein. Gerade die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel sind stark von Minijobs, deren Löhne nicht zum Leben reichen, und – per Abruf – von diktatorischen Eingriffsmöglichkeiten der Unternehmen in die Freizeit ihrer Angestellten bestimmt. Aus der Sicht der Beschäftigten sind die Zuschläge genau dann erforderlich, wenn die Arbeitszeit verlängert worden ist, und nur aus Unternehmenssicht können sie als nicht mehr »zeitgemäß« in dem Moment betrachtet werden, wo ihre Schutzfunktion als tarifliche Vereinbarung dringend gebraucht wird.

Bisher gibt es Spätöffnungszuschläge von 20 Prozent, die für Arbeiten zwischen 18.30 und 20 Uhr sowie an Samstagen von 14.30 bis 20 Uhr gezahlt werden. Ein Nachtarbeitszuschlag wird ab 20 Uhr gezahlt, er beträgt bisher 55 Prozent. Die Unternehmer wollen diese Zuschläge zusammenstreichen. Sie wollen ab dem 1. Januar 2009 nur noch den Nachtzuschlag bezahlen, und zwar von 19.30 Uhr an statt mit 55 Prozent mit 20 Prozent und erst ab 22 Uhr mit nur noch 50 Prozent. Diese Reduzierung der Zuschläge bedeutet für die Beschäftigten im Schnitt eine unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit von ca. 12 Tagen im Jahr oder einen Verlust von 150 bis 180 EUR im Monat. Die Löhne sollen nach dem »Angebot« der Unternehmer für 2008 und 2009 (jeweils ab 1. April) nur mit 2,5 Prozent erhöht werden, also deutlich unter der Preissteigerungsrate. Perspektivisch wollen sie die Zahlung von Zuschlägen vor 22.00 Uhr »stufenweise« ganz abschaffen.

Beim Streit um die Zuschläge wird deutlich, worum es eigentlich geht. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren eine immense Verkaufsoffensive gestartet: Zum einen, weil – nach dem weitgehenden Wegfall der Ladenöffnungszeiten – die Hoffnung da war, durch zusätzliche Verkaufszeiten mehr Einnahmen zu erzielen. Zum anderen, weil ja eben trotzdem beim Käufer der Euro nicht mehr so locker sitzt und deshalb nun jede Chance wahrgenommen werden muss, um was zu verkaufen. Vor allem Discounter, Lebensmittelketten und Warenhauskonzerne holen sich so mehr Markt- und Umsatzanteile von den kleineren Läden in den Innenstädten und Umlandgemeinden. Mehr Arbeitsplätze sind jedoch kaum festzustellen. Die Offensive wird auf den Rücken der Beschäftigten ausgetragen: Sie müssen noch flexibler sein, mit weniger Leuten pro Abteilung auskommen, Mehrarbeit ohne Mehrbezahlung leisten. Daher stellen die Unternehmen sich in der Frage der Spätzuschläge stur.

Die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel

Die Job-Struktur im Einzelhandel ist häufig das, was mit dem Stichwort »prekär« ausgedrückt wird: Viele der Beschäftigten arbeiten gar nicht in Vollzeit. Neben der Gastronomie und der Gebäudereinigung ist der Einzelhandel das Gewerbe, in dem es besonders viele Minijobs gibt. Insgesamt waren 2006 im Einzelhandel 2,58 Mio. Menschen beschäftigt. Davon wurden 708.000 (27,44 Prozent) nur geringfügig entlohnt. Hinzu kommen noch einmal 170.000 Beschäftigte (6,58 Prozent), die nur im Nebenjob arbeiten. Den Trend zeigt folgende Entwicklung: Setzt man die jeweilige Beschäftigtenzahl des Jahres 2003 mit 100 an, dann ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigten bis 2006 auf 87,1 zurückgegangen, die

Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten aber auf 120,5 gestiegen. Für die GeringverdienerInnen sind Zuschläge natürlich besonders wichtig.

Der Phantasie der Betriebsführungen, die Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten zu flexibilisieren, sind unter den Bedingungen von niedriglohnfördernder Massenarbeitslosigkeit und repressiven Hartz-Gesetzen kaum noch Grenzen zu setzen. Beschäftigte müssen sich arbeitsvertraglich zu unbezahlter Rufbereitschaft verpflichten und bekommen nur die tatsächlich im Geschäft geleisteten Arbeitsstunden entlohnt. Damit können die Unternehmen sich Belegschaftsstrukturen leisten, die »hart auf Kante« genäht sind und »unnötige« Kosten durch unvorhergesehene Ausfallzeiten auffangen können. Vollzeitskräfte mit »starrten« Arbeitszeiten sind hierfür nicht geeignet; sie werden eher als unumgängliche Kernbesetzung und Aufsichtspersonal eingesetzt. Mittel der Flexibilisierung sind auch Befristungen und Leiharbeit, die infolge entsprechender Gesetzgebung völlig legal sind. Folgen von all dem sind Minilöhne, ungünstige Arbeitszeiten, Erpressungsdruck durch Geschäftsleitungen, kurz: instabile Belegschaften, die wenig kampffähig sind.

Die gewerkschaftliche Vertretung im Einzelhandel liegt mit einem Organisationsgrad von 13 Prozent noch weit unter dem Durchschnitt im DGB, ist zudem strukturell sehr schwach. Zum einen liegt es an den Arbeitsbedingungen, zum anderen an der Branchenstruktur, die neben einer Zersplitterung in viele Kleinbetriebe nur wenige Großunternehmen (z. B. Warenhauskonzerne) aufweist, unter denen sich noch äußerst gewerkschaftsfeindliche Geschäftsleitungen, insbesondere Discounter wie Schlecker, Aldi, Lidl oder Baumärkte wie Bauhaus, Hornbach etc. befinden. Viele große Firmen haben die Tarifbindung inzwischen aufgekündigt, und in kleinen Klitschen an der Ecke haben Gewerkschaften ohnehin faktisch Hausverbot.

Einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden sind die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel durch mehrere Kampagnen von HBV/ver.di, mit denen die Gewerkschaft einige der übelsten Fälle ans Tageslicht zertr: Schlecker und Lidl. Billige Waren für die Kunden, harte Zeiten für das Personal, heißt hier die Devise. Nicht umsonst gehören die Konzernpatriarchen des Billighandels Albrecht (Aldi), Schwarz (Lidl), Schlecker (dto.) zu den reichsten Familien Deutschlands. Durch geschickte Verschachtelungen ihrer Unternehmen entziehen sie ihre Firmen einer öffentlichen Kontrolle ebenso wie den Mitbestimmungsansprüchen der Gewerkschaft. Einschüchternd wirken vor allem umfangreiche Kontrollmaßnahmen, die in letzter Zeit bei Lidl bekannt wurden (siehe aber auch z.B. Telekom). Es beginnt beim Kassenscanner, der die vorgegebene »Schlagzahl« von 40 Artikeln, die pro Minute über den Scanner zu ziehen sind, registriert. Es setzt sich fort bei Videokameras, die nicht nur Kunden, sondern gerade die Beschäftigten kontrollieren sollen. Schließlich werden Detektive und sogenannte Testkäufer eingesetzt.

Mit diesen Methoden ist es keine Schwierigkeit, einer auffällig gewordenen Beschäftigten, die sich vielleicht über Missstände beschwert hat oder gar dabei ist, eine Betriebsratswahl zu organisieren, eine »Unregelmäßigkeit« nachzuweisen, die zu Abmahnung oder Kündigung führen kann. Nachzulesen sind solche Einzelheiten z.B. in den Schwarzbüchern, die ver.di zu Lidl erstellt hat. Der Konzern hat auch schon eine gut gehende Filiale in der Kleinstadt Calw einfach geschlossen, als es die Angestellten tatsächlich schafften, eine Interessenvertretung einzurichten. Es war einer von acht Betriebsräten, die es überhaupt in den insgesamt 2800 Lidl-Filialen gibt. Der Konzern wurde vom Arbeitsgericht Pforzheim abgemahnt, es blieb aber bei der Schließung in Calw.

Es gibt Anwälte, die Kurse anbieten: »So knacken Sie den Kündigungsschutz von Betriebsräten, Schwerbehinderten und älteren Arbeitnehmern«. Die Teilnahme kostet 695 EUR und ist steuerlich absetzbar. Ein Renner ist auch: »In Zukunft ohne Betriebsrat – Wege zur Vermeidung, Auflösung und Neuwahl«. Im Einzelhandel heißt es, dass eine widerspenstige Interessenvertretung rund ein Prozent vom Umsatz kostet. Dies sind nur einige Punkte zu den Arbeitsbedingungen im Einzelhandel. Zu den vielen, die da fehlen, gehört z.B. die personelle Unterbesetzung in Schlecker-Filialen, die immer wieder zu Raubüberfällen reizt und die körperliche Unversehrtheit der Angestellten gefährdet.

Aber auch in den großen Warenhauskonzernen werden die Bedingungen immer schlechter. In der Konjunkturfloute der Jahre 2002 bis 2004 geriet vor allem Karstadt mit Quelle und Neckermann in eine Krise, die zu einer Neustrukturierung des gesamten Konzerns (heute: Arcandor) führte und den Beschäftigten Lohnverluste bis zu 20 Prozent bescherte. Auch in der gegenwärtigen Tarifrunde gehört Arcandor zu den unnachgiebigen Kräften im Arbeitgeberverband. Wie andere Konzerne (Ikea, Otto, zuvor Rewe, das inzwischen einen sogenannten Übergangstarifvertrag abgeschlossen hat) versucht die Geschäftsführung aber auch, sich durch »freiwillige Zahlungen« vom Streikgeschehen freizukaufen.

Zum bisherigen Streikverlauf

Ver.di fordert seit Frühjahr 2007 eine Anhebung der Gehälter und Löhne in den einzelnen Landesbezirken zwischen 4,5 Prozent und 6,5 Prozent. Weitere Punkte sind ein Mindesteinkommen von 1500 EUR für Vollbeschäftigte (Teilzeitbeschäftigte anteilig, womit die Problematik der Minijobs letztlich nicht zu lösen ist), ein Sicherheitstarifvertrag mit Mindestbesetzungsregelungen und eine tarifliche Vereinbarung zur besseren Planbarkeit von Arbeitszeiten durch die Angestellten selbst. Die Gegenforderungen der Unternehmer laufen auf eine Reallohnsenkung von mehr als 10 Prozent hinaus, zu den weiteren Punkten zeigen sie sich kompromisslos.

»Von den Kunden blieb dieser Streik weitgehend unbemerkt. Zwar spricht die Gewerkschaft von unbesetzten Frischtheken und langen Schlangen an den Kassen. Doch nach Angaben der Händler haben die Streiks oft keine nennenswerten Auswirkungen auf das Geschäft. Laut Gewerkschaft holen die Händler während des Streiks auch Leiharbeiter und Mitarbeiter aus anderen Unternehmen herbei. ... Hinzu kommt laut ver.di ein Heer von knapp 900.000 Minijobbern, das ein Großteil des Geschäfts in der Branche erledigt und für die die Tarifverträge nicht gelten.« (www.stern.de). Und speziell für die wichtigste Konsumphase des Jahres stellt der HDE fest: »Ver.di hat nicht die Mittel, das Weihnachtsgeschäft lahm zu legen oder empfindlich zu stören.« (Pellengahr, HDE-Sprecher, FAZ 19.11.07). Trotz der Verbitterung über die Verhältnisse und teilweise auch Verständnis in der Öffentlichkeit dümpelt der Konflikt vor sich hin.

Den Unternehmern fällt es offenbar leicht, die Streikaktivitäten zu unterlaufen. Tatsächlich ist ein Kennzeichen dieses Konfliktes, dass es nur sehr selten gelingt, wirklich Filialen dichtzumachen. Dem Einsatz von Leiharbeitern ist in der Regel juristisch nur schwer beizukommen. In den mit den DGB-Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen mit den beiden großen Zeitarbeitsverbänden heißt es lediglich, der Leiharbeiter sei »nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, soweit dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist«. Um vor Gericht ziehen zu können, muss die Gewerkschaft einen Leiharbeiter finden,

der dem DGB-Tarifvertrag unterliegt und mutig genug ist, gegen die Entleihfirma zu klagen.

Dass sogar in der Weihnachtszeit (2007) gestreikt wurde, war durchaus ein positives Zeichen, ein weiteres Indiz dafür, dass zumindest Teile der Beschäftigten sich inzwischen weniger gefallen lassen. Andererseits zeigt dieser Konflikt auch, wie groß die Leidensbereitschaft immer noch ist. Deutlich wurde das bei den Warnstreiks am 7. und 8. Dezember, an denen sich nach Gewerkschaftsangaben in 13 Bundesländern nur etwa 11.000 KollegInnen (etwa 0,42 Prozent der Beschäftigten bzw. 3,14 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten) beteiligten.

Wenn es um die Kampfkraft geht, die den Unternehmer beeindruckt, müssen freilich alle Beschäftigten berücksichtigt werden, weil deren Auftreten für die Öffentlichkeit und die Empfindungen der Chefs entscheidend sind: Da wird nicht gerechnet, wie viele GewerkschafterInnen der Arbeit fern blieben, sondern es wird festgestellt, dass die weit überwiegende Mehrheit der Beschäftigten zur Arbeit kam. Warum ver.di im Einzelhandel nicht einfach flächendeckend streiken kann, wurde bereits dargelegt. Man konzentriert sich auf die großen, vergleichsweise noch kampffähigen Betriebe (Warenhäuser), und dies ergibt dann geringe, aber konzentrierte Beteiligung.

Auch die Entwicklung neuer Kampfformen, Organisationsstrategien und Bündnisse braucht Zeit. Teilweise wurde damit begonnen. Wenn es nicht reicht, einfach nur die Arbeitskraft vorzuenthalten und die Arbeit zu verweigern, dann muss man eben versuchen, mit geeigneten Mitteln in die Offensive zu gehen. So gingen in Hamburg KundInnen organisiert in einen bestreikten REAL-Markt, packten die Einkaufswagen bis zum Rand voll und schoben sie zur Kasse, um sie dann dort stehen zu lassen. In Berlin organisierte das Mayday-Bündnis, das seit drei Jahren zum 1. Mai Kundgebungen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse durchführt, gemeinsam mit ver.di zum Thema »Einzelhandelsstreik« einen Workshop, in dem auch darüber diskutiert wurde, wie kritisch eingestellte KundInnen in Streik- und Boykottstrategien einzubeziehen wären.

Der Rewe-Haustarifvertrag

Damit ist aber auch zu erklären, dass einzelne bestreikte Konzerne ins Grübeln kommen und »freiwillige Einmalzahlungen« anbieten. Sie können sich einzelne Ausfalltage leisten, weil sie sie überbrücken, so dass die meisten Kassen und Theken irgendwie besetzt sind. Mehrere Streiktage hintereinander mit entsprechend verärgerten Kunden kommen ihnen aber bedenklich vor. Bei Rewe hat dies zu einem ersten Tarifabschluss geführt. Allein der Gedanke eines Haustarifvertrags für einen einzelnen Konzern war bei ver.di zunächst hoch umstritten; der Landesbezirk Hessen z. B. stimmte dagegen. Die Überlegung des Konzerns war, dem Spuk ein Ende zu bereiten und für sich wieder normale Geschäftslage zu bekommen, der sich dann auch der Unternehmerverband HDE anschließen würde (letzteres trat allerdings nicht ein). Bei ver.di dachte eine Fraktion (darunter der Bundesvorstand) ähnlich. Das Angebot von Rewe sei besser als das, was bisher auf dem Tisch liege, wenn auch nicht befriedigend. Auf diese Weise hoffe man zu einem Erfolg zu kommen, indem der mit Rewe abzuschließende Übergangstarifvertrag dann auf die Branche übertragen oder auch verbessert werden könnte. Die Opposition dagegen war der Meinung, dass ein Konzern von dem Gewicht Rewe's nicht in dem Moment entlastet werden dürfte, wenn die Maßnahmen anfangen zu greifen. Es sei notwendig, die Läger der Warenhauskonzerne solange zu bestreiken, bis sie einlenkten. Die Position des Bundesvorstands setzte sich durch.

Die Bestimmungen des Vertrages, der im April 2008 abgeschlossen wurde, sind folgende:

- für 2007 50 EUR für jeden Monat der tariflosen Zeit (bereits bezahlt im Dezember 2007);
- 3 Prozent Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen rückwirkend ab 1. Januar 2008;
- zusätzliche Jahressondervergütung in Höhe von 12,5 Prozent des individuellen monatlichen Tarifentgelts ab 2009 (Warengutscheine);
- Zuschläge von Montag bis Freitag ab 18.30 Uhr sowie die Nachtarbeitszuschläge in unveränderter Form;
- Zuschläge am Samstag erst ab 18.30 Uhr, allerdings jetzt an allen Samstagen, also auch vor Weihnachten;
- neue Urlaubsstaffel je nach Betriebszugehörigkeit (bisher nach Alter).
- Sicherung aller weiteren tariflichen Leistungen, die schon vorher gegolten haben;
- Wiederinkraftsetzung aller gekündigten Tarifverträge für die Rewe-Beschäftigten.

Die Lohnerhöhung in diesem Vertrag entspricht dem, was in einer normalen Tarifrunde, gemessen an der Ausgangsforderung der Gewerkschaft, zu erwarten wäre. Keine Rede ist allerdings von einem Mindestlohn in Höhe von 1500 EUR, Besetzungsregelungen und Planungssicherheit für Beschäftigte bei der Arbeitszeit. Der Abschluss nützt vor allem dem Konzern: **Er schafft die erwünschte Ruhe an der Streikfront und setzt die Konkurrenz unter Druck**, denn Rewe kann die Löhne locker zahlen, hat aber **weiter den rigiden Zugriff auf die Arbeitskräfte** wie bisher. Sollte dieser »Übergangstarifvertrag« das Muster für einen irgendwann doch noch abzuschließenden neuen Flächentarifvertrag sein, dann wird ver.di auch in diesem Bereich noch mal mit einem blauen Auge davongekommen sein, ohne ein einziges weiterführendes Ziel erreicht zu haben.

Ende offen

Ob es so oder ähnlich kommt, ist derzeit noch völlig offen. Weder die Beschäftigten noch die Gewerkschaftsführung können sich einen Abschluss unter derzeitigen Bedingungen leisten, weil dies bei der harten Haltung des Unternehmerverbandes zwangsläufig eine einschneidende Kürzung der Spätöffnungszuschläge bedeutet. Dies ist der Kern des aktuellen Konflikts. In dieser Lage bleibt ver.di gar nichts anderes übrig, als weiter zu streiken, bis ein akzeptables Ergebnis in Sicht ist.

Die Kampfkraft des ver.di-Fachbereichs Handel allein wird es auf absehbare Zeit wohl nicht richten. ver.di insgesamt und alle anderen DGB-Gewerkschaften sind konkret gefordert. Wie im öffentlichen Dienst, so führt auch diese harte Tarifrunde momentan zu zunehmenden Eintritten bei ver.di. Immer wieder wird auch die Politik kritisiert, die durch Freigabe der Ladenschlusszeiten als Vollstrecker von Konzerninteressen agiert und die Konkurrenz samt Arbeitsbedingungen verschärft.

Je länger der Arbeitskampf dauert, desto mehr wächst die Gefahr von Resignation und Gleichgültigkeit – sofern nicht neue Entwicklungen das Feuer wieder anfachen. Die Energie muss darauf konzentriert werden, Methoden zu entwickeln und umzusetzen, mit denen der Konflikt doch noch in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getragen und politisiert werden kann. Es gilt, die Warenhauskonzerne dort zu treffen, wo sie derzeit am empfindlichsten reagieren, nämlich bei der Furcht vor einem Imageschaden.

16. 6. 2008 ■

Komplizierte Tarifrunde bei der Post 2008

Die Tarifrunde bei der Post unterschied sich von den meisten anderen Tarifaueinandersetzungen dieses Frühjahrs. Verhandelt wurde nicht nur über den Lohn, sondern auch noch über die Fortschreibung des Beschäftigungspaktes, über die Gleichstellung der Arbeitszeit der Beamten mit der der Tarifkräfte und über die sogenannte Postzulage.

Dass ver.di, Fachbereich 10, vier recht unterschiedliche Forderungen in einer Auseinandersetzung bündeln musste, hängt mit der Liberalisierung der Postmärkte in Europa zusammen. Ursprünglich hatte die Europäische Kommission vorgehabt, von den Mitgliedsländern die vollständige Freigabe der Postdienstleistungen bis Ende 2007 zu verlangen. Doch einige Länder, z.B. Frankreich und Italien, widersetzten sich dieser Absicht. So beschloss der europäische Ministerrat am 1. Oktober 2007, die vollständige Liberalisierung auf 2011 zu verschieben. Einige kleine Länder, die erst in den letzten Jahren der EG beigetreten sind, müssen ihre Postmärkte erst Anfang 2014 deregulieren.

Da lange Zeit nicht absehbar war, wie sich der europäische Markt gestalten würde, hatte die Post alle wichtigen Tarifverträge mit ver.di bis zum Frühjahr 2008 befristet.

Aufhebung des Post-Monopols ab 2008

Auch die Bundesregierung hätte von der EG-Regelung Gebrauch machen und den deutschen Postmarkt später als ursprünglich geplant öffnen können. Doch sie entschloss sich, an dem aufgestellten Zeitplan festzuhalten, Ende 2007 das letzte der Deutschen Post AG noch verbliebene Monopol, die exklusive Zustellung von Briefen bis 50g, aufzuheben.

Mit der weitgehenden Deregulierung des Postmarktes stellte sich die Frage, unter welchen Bedingungen die Unternehmen der Branche tätig sein durften. In den letzten Jahren hatten sich immer mehr Firmen Postdienstleistungen angeboten und die Entlohnung wie die Arbeitsbedingungen drastisch verschlechtert.

Bereits 1997 hatte es den Versuch gegeben, eine solche Entwicklung zu verhindern. Die SPD setzte sich im Bundesrat unter Vorsitz des Bremer Bürgermeisters Henning Scherf dafür ein, entsprechende Schutzregelungen in das zu Verabschiedung anstehende Postgesetz aufzunehmen. Schließlich wurde im § 6 Abs. 3 festgehalten, dass alle Unternehmen sich sowohl beim Lohn wie auch bei den Sozialstandards an den in der Branche üblichen Bedingungen zu orientieren hatten. Da aber die Post den Markt dominierte, wären die bei ihr geltenden Tarifverträge der Maßstab für die anderen Unternehmen im Postsektor gewesen. Dies hätte nach Auffassung der Unternehmer die Liberalisierung ad absurdum geführt, so dass die dem Wirtschaftsministerium unterstehende Bundesnetzagentur, die den Auftrag besaß, die Rahmenbedingungen der Branche zu kontrollieren, untätig blieb. Sie definierte einfach, dass unter »marktüblichen Bedingungen« die des Marktes, also nicht die der Post, zu verstehen seien. Interessant ist, dass das Wirtschaftsministerium ab 1997 von der SPD geleitet wurde.

Die Einführung von Mindestlöhnen

Eine dramatische Absenkung der Löhne in der Branche hätte ein gesetzlicher Mindestlohn verhindern können. Die Verabschiedung einer solchen Regelung lehnte aber die Bundesregierung und hier vor allem die CDU/CSU kategorisch ab.

So blieb ver.di nur noch die Inanspruchnahme des Entsendegesetzes übrig. Mit ihm kann auf der Basis eines zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften abgeschlos-

senen Tarifvertrages vom Arbeitsministerium verbindlich für eine Branche festgelegt werden, dass die Löhne eine bestimmte Grenze nicht unterschreiten dürfen. Entscheidende Bedingung für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages ist, dass er mindestens 50 Prozent der in dem jeweiligen Sektor tätigen Arbeitnehmer erfasst.

Mit einer breiten Kampagne (bundesweit ganztägigen Betriebsversammlungen, lokalen Demonstrationen, einer zentralen Kundgebung in Berlin im Spätherbst 2007, SMS-Aktionen, Flugblättern, einer Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen) erreichte Verdi, dass die Postbranche in das Entsendegesetz aufgenommen wurde.

Zwar wird die Verordnung, nicht grundsätzlich Dumpinglöhne zu verhindern, doch können Unternehmen, die regional oder gar bundesweit der Post ernsthafte Konkurrenz bereiten, sich der Zahlung von Mindestlöhnen kaum entziehen. So musste die PIN AG, die dabei war, bundesweit eine Alternative zur Post AG aufzubauen, diejenigen Regionalgesellschaften in die Insolvenz schicken, die in absehbarer Zeit nur mit Hilfe von Niedriglöhnen überlebt hätten. Die wirtschaftlich lebensfähigen Teile des Unternehmens zahlen mittlerweile den Mindestlohn.

Die Durchsetzung von Mindestlöhnen in der Branche stärkte die Ausgangsposition von Verdi in der anstehenden Tarifrunde. Ebenso wirkte sich für sie positiv aus, dass die Post seit Jahren im Briefsektor hohe Gewinne einfährt.

Zu den Forderungen von ver.di

Der Forderungskatalog bestand aus folgenden Punkten:

- Die Gewerkschaft forderte eine lineare Lohnerhöhung von 7 Prozent bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Einzelne Betriebsgruppen hatten höhere Forderungen aufgestellt, andere einen Sockelbetrag zur Diskussion gestellt. Die Forderung fiel aus zwei Gründen recht bescheiden aus. Einmal hatten die Beschäftigten bei der Post 2002 – 2005 weder beim Lohn noch bei der Arbeitszeit größere Einbußen hinnehmen müssen, so dass hier kein großer Nachholbedarf bestand.
- Ferner verlangte ver.di die Verlängerung des Beschäftigungspaktes bis zum 30.06.2011, also bis zur Freigabe der Postdienstleistungen in den meisten europäischen Ländern.
- Von grundsätzlicher Bedeutung in der Tarifrunde war für die Gewerkschaft die dauerhafte Angleichung der Arbeitszeit der Postbeamten an die der Tarifkräfte anzugleichen. Etwa ein Drittel der Beschäftigten bei der Post sind Beamte. Da sie Bundesbeamte sind, gilt auch für sie die von der Bundesregierung 2006 beschlossene Arbeitszeitverlängerung auf 41 Stunden. Da aber die Gewerkschaft in der Arbeitszeitfrage der Postbeamten nicht unmittelbar mit der Post verhandeln kann, musste sich ver.di überlegen, wie sie Druck auf die Post ausüben konnte. ver.di beschloss, die Wochenarbeitszeitregelungen für die Tarifkräfte zu kündigen und zehn freie Arbeitstage zu fordern. Damit sollte der Arbeitsplatzverlust ausgeglichen werden, der bei einer Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten entstehen würde.
- Schließlich forderte ver.di die Fortzahlung der Postzulage. Da die Bundesbeamten kein Urlaubsgeld mehr bekommen und ihr Weihnachtsgeld drastisch gekürzt wurde, die Tarifkräfte bei der Post aber noch ein Weihnachtsgeld in Höhe eines vollen Monatsgrundlohnes und ein bescheidenes Urlaubsgeld erhalten, hatte Verdi vor zwei Jahren ausgehandelt, dass den Postbeamten als

Ersatz dafür eine »Postzulage« gezahlt wird. Diese fiel zum Jahresende 2007 weg.

Bundesweite Arbeitsniederlegungen

Verdi forderte bereits Anfang des Jahres 2008 die Post auf, mit ihr in Verhandlungen zu treten. Ihr Ziel war es, die Verhandlungen über den Beschäftigungspakt, die Arbeitszeitregelung für die Beamten und die Abmachung über die Fortzahlung der Postzulage von der Lohntarifrunde abzukoppeln. Denn sie befürchtete, dass die Post sonst vor allem beim Lohn Zugeständnisse einfordern würde.

Doch die Post reagierte nicht. Verdi organisierte daraufhin über die Betriebsräte Ende März bundesweit ganztägige Betriebsversammlungen. In Berlin kamen im ICC knapp 5000 KollegInnen zu einer Großveranstaltung zusammen. Nach Auslaufen der Friedenspflicht für den Beschäftigungspakt kam es Anfang April zu den ersten Arbeitsniederlegungen. Aber auch jetzt war die Post nicht bereit, der Gewerkschaft entgegen zu kommen. Sie beharrte darauf, alle strittigen Regelungen im Paket zu verhandeln.

Am 17. April legte sie erstmalig ein Angebot vor. Es enthielt eine deutliche Erhöhung der Wochenarbeitszeit bei den Beamten und den Tarifkräften. Außerdem forderte sie die Abschaffung der bezahlten Kurzpausen. Im Gegenzug bot sie eine bescheidene Lohnerhöhung an und erklärte sich bereit, den Beschäftigungspakt bis Mitte 2011 zu verlängern. Spätestens jetzt war klar, dass die Verhandlungen sich noch eine Weile hinziehen würden. Und da die Tarifverträge für den Lohn Ende Mai ausliefen, musste sich ver.di eingestehen, dass es ihr nicht mehr gelingen würde, die Gespräche über die Einkommen der Beschäftigten von denen der anderen Streitpunkte zu trennen.

ver.di lehnte das Angebot kategorisch ab. Als Antwort auf diese »Provokation« weitete sie die Streiks aus. Für Anfang Mai kündigte sie eine Urabstimmung für einen unbefristeten Streik an.

Streiks bei der Post werden generalstabsmäßig organisiert. Die Taktik wird von der zentralen Streikleitung festgelegt. Sie fordert die regionalen wie die örtlichen Streikleitungen auf, die Schwerpunktsetzungen durch entsprechende Aktivitäten zu unterstützen. Dies sorgt dafür, dass in den Betrieben die Arbeit Ziel gerichtet und effektiv niedergelegt wird. Der Nachteil der straffen Streikführung ist, dass sie für Aktivitäten der Basis wenig Spielraum lässt.

Die Streikleitungen werden ohne große Diskussion von den jeweiligen Gremien eingesetzt. Eine Diskussion über die Auswahl der Personen oder über die jeweilige Streikstrategie ist nicht vorgesehen. Bisher ist eine solche, soweit wir es sehen können, von den Mitgliedern und den aktiven Vertrauensleuten nur selten gefordert worden.

Die zentralistische Streikstrategie ist eine Antwort auf die Produktionsbedingungen bei der Post. Das Unternehmen ist nur dann wirtschaftlich zu treffen, wenn es sich nicht auf die Arbeitsniederlegungen vorbereiten kann. Falls die Post eine Streikmaßnahme rechtzeitig erfährt, kann sie Personal für den Betriebseinsatz mobilisieren oder andere organisatorische Maßnahmen treffen, um wenigstens einen Teil der Sendungen zu bearbeiten.

Die Arbeitsniederlegungen der Gewerkschaft erfassten nahezu alle Bereiche der Post. Überall konnte eine große Beteiligung der Beschäftigten verzeichnet werden. Für die fabrikmäßig arbeitenden Brief- und Paketzentren war dies nicht überraschend. Sie bilden seit Jahrzehnten das Rückgrat der gewerkschaftlichen Kampfkraft bei der Post.

Die hohe Beteiligung der KollegInnen aus der Zustellung war dagegen neu. Gerade in diesem Bereich hat die Verdichtung der Arbeit enorm zugenommen. Die Zustelleistung der Beschäftigten verdoppelte sich in den letzten zehn Jahren.

Der Personalansatz ist so bemessen, dass innerhalb der regulären Arbeitszeit die Arbeit kaum noch geschafft werden kann. Auch ist die Zahl der Vertreter, die bei Urlaub oder Krankheit zum Einsatz kommen, drastisch gekürzt worden, so dass bei überraschenden personellen Ausfällen oder außergewöhnlich hohen Sendungsaufkommen Übertragungen auf andere Zusteller stattfinden. Vielerorts müssen Mitglieder der Stellenleitungen helfen, die Sendungen auszutragen. Häufig werden Abschnitte einzelner Zustellbezirke tageweise nicht bedient, weil nicht ausreichendes Personal vorhanden ist. Oder aber die Zusteller brechen die Tour ab, bevor sie alle Briefe ausgetragen haben, weil sie die gesetzlich zulässigen zehn Stunden sonst überschreiten würden. Ihre Unzufriedenheit über die Arbeitsverhältnisse ist in den letzten Monaten noch dadurch gewachsen, dass die Post zunehmend ihre Immobilien verkauft. Zustellbasen, die z.T. seit der Jahrhundertwende genutzt wurden, werden veräußert. Die Belegschaft wird auf mehrere wenig komfortable Übergabepunkte versetzt. Dadurch wird der gewachsene Zusammenhang der KollegInnen zerstört, außerdem die Zustellung von der Eingangsverteilung getrennt. Die Zusteller bekommen die bereits vorsortierte Post übergeben und müssen sich dann sofort auf ihre Tour begeben. Ein Austausch unter den Beschäftigten ist kaum noch möglich.

Ergebnis der Verhandlungen

Für viele überraschend kam es bereits während der Urabstimmung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. Nach kurzer Beratungszeit wurde den Mitgliedern folgendes Ergebnis präsentiert: Die Wochenarbeitszeit bei den Beamten wird unbefristet der der Tarifkräfte angeglichen, die WAZ der Tarifkräfte bleibt bei 38,5 Std. Die Postzulage wird im bisherigen Umfang bis Ende 2010 weiter gezahlt, die Löhne werden ab November 2008 um 4 Prozent erhöht und im Dezember 2009 noch einmal um 2,5 Prozent angehoben. Bei den bezahlten Pausen wird etwas mehr als eine Minute pro Stunde gestrichen, ab November 2011 erhöhen sich die Zeiten wieder, so dass dann gegenüber der bisherigen Regelung etwa eine halbe Minute mehr gearbeitet werden muss. In der Zustellung werden einige Arbeitszeitregelungen leicht verschlechtert. Der sogenannte Beschäftigungspakt wird bis zum 30. Juni 2011 verlängert.

Während die Funktionäre das Ergebnis überschwänglich feierten, die Beamten und die Angestellten im Verwaltungsbereich rundum zufrieden waren, gab es in den Brief- und Paketzentren wie auch in der Zustellung deutlich zurückhaltendere Reaktionen. Hier stießen insbesondere die Regelungen zur Arbeitszeit auf wenig Freude. Allerdings kam es nicht zu größeren Protesten, da auch für diese KollegInnen die Durchsetzung der Forderung nach Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen für die nächsten drei Jahre der wichtigste Punkt in der Tarifrunde war.

Die Erhöhung der Löhne liegt im oberen Drittel der gewerkschaftlichen Abschlüsse der letzten Monate. Rechnet man aus, wie viel Netto übrig bleibt, so dürfte die Lohnerhöhung kaum die Teuerungsrate ausgleichen. Bei Familien oder bei Geringverdienern haben die Preissteigerungen der letzten Zeit deutlich über der Inflationsrate gelegen. Eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten, wie sie die Gewerkschaft strategisch anstrebt, wird es nicht geben. Im Gegenteil. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Beschäftigten für das kommende Jahr mit einer Lohnerhöhung von 4 Prozent abgespeist werden, die Besitzer von Aktien aber mit einer Erhöhung ihrer Dividende von 20 Prozent rechnen können, wird sichtbar, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Tarifbeschäftigten und den Eigentümern weiter vergrößert, die Klassenspaltung vertieft wird.

Einschätzung der Tarifrunde

Die Voraussetzungen in dieser Tarifrunde waren nicht schlecht. Die Stimmung unter den KollegInnen hatte sich angesichts exorbitanter Managergehälter, steigender Teuerung, nicht erfüllter Versprechungen über eine Beteiligung am wirtschaftlichen Aufschwung in den ersten Monaten des Jahres hoch geschaukelt. Sie empfanden die Forderungen der Gewerkschaft als gerecht und waren bereit, für deren Durchsetzung in den Streik zu treten. Bei der Urabstimmung votierten 92,7 Prozent für Arbeitskampfmaßnahmen.

Für die hohe Kampfbereitschaft der KollegInnen ist maßgeblich gewesen, dass sich in den letzten Jahren ihr Verhältnis zur Unternehmensleitung deutlich verschlechtert hat. Während sie sich noch in den 90er Jahren als Mitglied der großen Familie Post empfanden, sich behütet und geschützt fühlten und davon ausgingen, dass in allen kritischen Lebenssituationen die Post für sie und ihre Familien eine akzeptable Lösung finden würde, ist dieses Grundvertrauen mittlerweile erschüttert. Dies liegt an der enormen Arbeitsverdichtung und daran, dass die Vorgesetzten sich immer stärker an übergeordneten Renditezielen orientieren. Auf allen Ebenen spielen nur noch wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle. Für die Arbeitsabwicklung wird die Senkung der Kosten und hier insbesondere der Lohnkosten zum alleinigen Maßstab für den betrieblichen Erfolg. Die Post hält sich nur noch an tarifvertragliche oder gesetzliche Vorgaben, wobei auch diese immer häufiger eingeklagt werden müssen.

Die Vertrauensleute, die unter diesen Bedingungen in den letzten Jahren aktiv geworden sind, müssen erheblich härter agieren, um die Interessen ihrer KollegInnen zu vertreten. Schon kleine Erfolge stärken ihr Selbstbewusstsein. Dabei entstehen häufiger als vor Jahren kollektive Aktionen. Für sie ist derzeit die betriebliche Ebene, die direkte Auseinandersetzung mit den Niederlassungs- und Abteilungsleitern, der zentrale Ort ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten.

Die Entstehung eines ökonomischen Klassenbewusstseins, d.h. die Erkenntnis, dass man als Beschäftigter grundsätzlich andere Interessen hat als die Leitung des Unternehmens, ist bei der Post historisch neu. Zwar führt die noch nicht dazu, grundlegende gesellschaftliche Fragen zu stellen oder gar beantworten zu wollen, aber immerhin werden politische Forderungen, wie die nach Wiederverstaatlichung der Post, nicht mehr wie früher brüsk zurückgewiesen.

Änderungen im Bewusstsein hat es auch bei den einfachen Angestellten gegeben, sie sind überwiegend in den Stellenleitungen, der Verwaltung oder als unmittelbare Vorgesetzte der Betriebskräfte tätig. Noch bei den großen Streiks der Postgewerkschaft 1992 und Mitte der 90er um die Erhaltung der Sozialtarife hat der überwiegende Teil von ihnen an den Arbeitskampfmaßnahmen teilgenommen. Doch in diesem Jahr standen sie unter starkem Druck der Abteilungs- und Niederlassungsleitungen. Nur wenige schlossen sich den Arbeitsniederlegungen an. Selbst Gewerkschaftsmitglieder arbeiteten während der Streiks im Betrieb mit, um die Rückstände zu minimieren. Und dies, obwohl sie keinerlei arbeitsrechtliche Folgen zu erwarten gehabt hätten.

Zur Verhärtung des Klimas zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten trug bei, dass die Post alle juristischen Möglichkeiten nutzte, um gegen gewerkschaftliche Aktivitäten vorzugehen. So untersagte sie Verdi, die Urabstimmungen in den Gebäuden der Post durchzuführen. Bei den Betriebsräten wurde penibel darauf geachtet, dass sie keinerlei gewerkschaftliche Funktionen wahrnahmen. Andernfalls wurde ihnen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht. Auch durften die sanitären Anlagen bei den

Streiks nicht benutzt werden. All dies war bei früheren Streiks locker gehandhabt worden. Dies ist bemerkenswert, da ja die Post noch zu den Unternehmen gehört, bei denen traditionell eine enge Bindung zwischen Unternehmen und Gewerkschaft besteht. So ist das Vorstandsmitglied Scheuerle vordem stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft gewesen. Die frühere Vorsitzende der ÖTV, Wulff-Mathis, leitet die Abteilung Umweltpolitik. Weitere ehemalige Funktionäre der Gewerkschaft bekleiden im Unternehmen hohe Posten. Noch bei der Wahl des neuen Vorstandsvorsitzenden der Post, Frank Appel, unterstützten die Vertreter der Gewerkschaft im Aufsichtsrat den Vorschlag der Kapitaleseite.

Auch wenn es der Gewerkschaft in dieser Auseinandersetzung gelang, mit den tradierten Methoden ein von den Mitgliedern akzeptiertes Ergebnis zu erreichen, wird sie in absehbarer noch einige Fragen beantworten müssen, will sie ihre Aktionskraft erhalten und härtere Konflikte durchstehen. So hat sie die Beamten, die noch etwa ein Drittel der Beschäftigten der Post stellen, nicht zu Arbeitskampfmaßnahmen aufgerufen. Der Status der Beamten hat sich mit der Liberalisierung des Postmarktes deutlich geändert. Sie nehmen bis auf wenige Ausnahmen keine hoheitlichen Aufgaben wahr, sondern verrichten die gleiche Arbeit wie die Tarifkräfte. Nach europäischem Arbeitsrecht haben auch Beamte das Recht, für tariffähige Forderungen zu streiken. Doch das Recht ist nur durchsetzbar, wenn die Beamten die Arbeit auch niederlegen und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber riskieren. In der Verdi Spitze scheint die Bereitschaft, einen solchen Konflikt zu wagen, zu wachsen. Die Post wäre ein geeigneter Bereich, um zu testen, wie weit man gehen kann. Doch bis jetzt weigert sich die Leitung des Fachbereichs, eine solche Auseinandersetzung vorzubereiten. Sie ist noch nicht einmal bereit, darüber gewerkschaftsöffentlich zu diskutieren.

Während die neue Vorsitzende des Fachbereichs, Andrea Koscic, grundsätzlich fordert, Leiharbeitern müssten von den Betrieben der gleiche Lohn wie den ständig Beschäftigten gezahlt werden, fordert sie die Gleichbehandlung für die Beschäftigten der Post nicht. Durch den Ende 2003 abgeschlossenen Entgelttarifvertrag gibt es im Unternehmen für die gleiche Tätigkeit eine unterschiedliche Entlohnung für Alt- und Neubeschäftigte. Dies hat sich in den letzten Jahren nicht sonderlich ausgewirkt, weil die Post kaum neue Leute einstellt. Doch ist es nur eine Frage der Zeit, bis das Problem akut wird. Es wird die gewerkschaftliche Organisationskraft wie ihre Streikfähigkeit unmittelbar berühren und die Frage aufwerfen, weshalb der eherne gewerkschaftliche Grundsatz, das gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden muss, in einem Tarifvertrag, der die Unterschrift der Gewerkschaft trägt, außer Kraft gesetzt wurde.

Ein weiteres Problem wird sich aus den Folgen der Liberalisierung des Postmarktes ergeben. Die Entlohnung der in der Brief – und Paketbranche Beschäftigten ist enorm zersplittert. Es bestehen Haustarife, regionale Speditionstarife, der Mindestlohn. Von diesen Tarifen gibt es wiederum betriebspezifische Abweichungen. Einige weisen immer noch unterschiedliche Bezahlungen für die gleiche Arbeit in Ost und West auf. Ein Hemmnis, das bisher der Vereinheitlichung der Tarifverträge entgegenstand, die geringe Organisationsstärke der Gewerkschaft bei den privaten Postdienstleistern (PIN, TNT), ändert sich langsam. Sollte es nicht in absehbarer Zeit hier zu einer weitgehenden Annäherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kommen, werden die noch immer relativ guten Tarifverträge bei der Post kaum zu halten sein. 3. Juli 2008 ■

Kansa liikkeellä

Kemijärven sellutehtaan puolesta



■ FINNLAND: KAMPF GEGEN WERKSSCHLIESSUNGEN EINES ZELLULOSE-MULTIS

Die Stadt ist tot an dem Tag, an dem der Geruch verschwunden ist...

... so lautete eine Überschrift in »Hufvudstadsbladet« (Hbl vom 17.11.08), der Hauptstadtzeitung Finnlands, zu einem Artikel über das am 25.10.07 bekannt gegebene Ziel des schwedisch-finnischen Zellulosegiganten Stora Enso OY, die Jahreskapazität um 505.000 Tonnen Papier und 550.000 Tonnen Zellulosemasse zu senken und 1700 Arbeitskräfte zu entlassen.

Drei Standorte in Finnland und ein Standort in Schweden sind zunächst von diesen Plänen betroffen. Geschlossen werden sollen im ersten Quartal 2008 die Papierfabrik Summa und die Zellulosefabrik in Kemijärvi im Osten Finnlands im zweiten Quartal 2008. Darüber hinaus will der Konzern östlich von Helsinki eine Papier-Maschine stilllegen. In schwedischen Norrsundet soll die Zelluloseherstellung im zweiten Quartal des Jahres 2009 eingestellt werden.

Besonders betroffen von der Schließung wäre Kemijärvi im finnischen Ostlappland. Während die Arbeitslosenquote in Finnland 6,1 Prozent beträgt, liegt sie in dem 10 000 Einwohner-Städtchen bei 14 Prozent. 232 Beschäftigte würde die Schließung der Fabrik im Januar 2009 direkt und weitere 1800 indirekt treffen. Mit dem Verschwinden des Zellulosegeruchs würde die Stadt sterben. Und der Standort Kemijärvi schreibt schwarze Zahlen. Die Produktion wurde im Zeitraum 2001 – 2005 jährlich um 13 Prozent gesteigert; Gewinne von 68,7 Millionen Euro wurden in diesem Zeitraum an den Konzern abgeführt.

Stora Enso sieht in der Schließung lediglich eine Reaktion auf die zu hohen Kosten. Bei Inkrafttreten der geplanten Erhöhung der Zölle für Holzimporte aus Russland um 80% (mindestens 50 Euro pro Kubikmeter) zum Januar 2009 würden weitere Maßnahme zur Rationalisierung der Produktion von Zellulosemasse, Papier, Karton und gesägten Holzwaren in Finnland eingeleitet.

Mit diesem Klagen soll in der Öffentlichkeit für Verständnis für Verlagerungen von Produktionsstätten geworben werden. Unter den verschärften kapitalistischen Konkurrenzbedingungen lohnt es sich für die Kapitaleigner

in neuen wachsenden Märkten wie Russland, Asien und Südamerika zu produzieren, wo billige Rohstoffe vorhanden, die Arbeitskräfte schnell die notwendigen Qualifikationen erhalten können und erheblich billiger sind.

Die Reaktion der Gewerkschaftsführung

Unmittelbar nach der Pressemitteilung von Stora Enso ging Jouko Ahonen, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Papierarbeiter, Paperiliitto, auf die Problematik ein: »Die wesentlichen Rationalisierungsschritte haben bereits vor die-

ser Mitteilung stattgefunden. In Erwartung die Produktion und ihre Arbeitsplätze zu retten, haben die Beschäftigten der betroffenen Fabriken längst an diesen Maßnahmen mitgewirkt. Sie sind enorm enttäuscht, von diesen neuen Plänen zu hören.« Er beklagte darüber hinaus, dass die finnischen Arbeiter für die Fehler der Industrie und teilweise auch der Gesellschaft zu zahlen hätten. Die Überkapazitäten seien nicht durch den Bau neuer Werke in Finnland entstanden, sondern durch Inanspruchnahme von Subventionen in anderen Staaten geschaffen worden.

Weiter heißt es in der Stellungnahme: »...die Fabriken sind so wichtig für die kleinen Gemeinden..., dass die Gesellschaft helfend einschreiten muss, wenn die Produktionsumwandlung durchgeführt wird. Wir erwarten, dass die finnische Regierung, als einem der Eigner des Konzerns die Pläne dieses Konzerns unter die Lupe nehmen wird und ihr Bestes tut, um Arbeitsplätze zu retten.«

Anstatt auf Hilfe von oben zu warten, wie Jouko Ahonens Stellungnahme empfahl, nahmen die betroffenen Menschen ihre Sache erst einmal selbst in die Hand.

Widerstand vor Ort

Sofort nach Bekanntwerden der Hiobsbotschaft am 25.10.07 begann der Widerstand der Belegschaft des Werkes in Kemijärvi. Nach einer kurzzeitigen Arbeitsniederlegung wurde der Direktor des Konzerns beim Besuch des Werkes auf der Brücke in Kemijärvi von über tausend Menschen mit einer Demonstration empfangen (siehe Foto aus: Paperiliitto-Lehti 09/2007). Am Abend des 6. Dezember 2007, am finnischen Unabhängigkeitstage, gingen wieder über 1000 Menschen auf die Straße. Am 3. Januar besetzten aufgebrauchte Angestellte, Einwohner und Repräsentanten der Stadt Kemijärvi für eine Stunde die Stora Ensos Zellulosefabrik, um gegen die Schließungspläne zu protestieren. Gut 300 Menschen waren in die Fabrik marschiert, hielten eine Kundgebung im Speisesaal der Fabrik ab und verließen sie nach einer Stunde wieder, als von der Betriebsleitung die Aufforderung zum Verlassen der Fabrik kam. In der prompt folgenden Anzeige von Stora Enso gegen die Besetzer sahen die Verantwortlichen der Aktionen eine begrüßenswerte Unterstützung ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Am 4. Februar demonstrierten 500 Mitglieder der Volksbewegung aus Kemijärvi sowie Arbeiter aus dem bereits geschlossenen Werk Summa in Helsinki. Sie suchten die Reichstagsfraktionen und Finnlands Präsidentin Tarja Halonen auf und trugen ihren Protest gegen die Betriebschließung vor. Dem Ministerpräsidenten Vanhanen übergaben die »karvalakki delegaten« (Fellmützendeleгатen)

Fabrikschließungen haben große indirekte Folgen

Der Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts »Etlatio-to«, Pekka Ylä-Antilla, weist auf die besonders schwerwiegenden Folgen von Fabrikstilllegungen gerade für den Osten und Norden Finnlands hin:

- 1 Zunächst betroffen sind die Arbeitskräfte; danach betrifft es die Waldeigentümer; wobei für eine bestimmte Zeit die verringerten Holzimporte aus Russland die Preise für einheimisches Holz noch stabil halten. Waldmaschinenbetreiber und Transportunternehmen sind in der gleichen Position wie die Waldeigner.
- 2 Die verminderten Einkommen der Arbeiter, Waldbesitzer, Waldmaschinenbetreiber und Transportunternehmer führen zu Problemen in der Dienstleistungsbranche. Die Folgen eines eingeschränkten Konsums sind im Handel und Servicebereich zunächst schwach bemerkbar. Der Kauf von Heimelektronik und anderen Luxuswaren ging dagegen sofort zurück.

- 3 Der Wert an Wohnraum und Sommerhäusern sinkt.
- 4 Die betroffenen Kommunen spüren das Sinken der Kommunalsteuer, der Staat die Minderung der Mehrwertsteuer und weiteren Konsumsteuern.
- 5 Für die südlichen Kommunen Finnlands sind Betriebsstilllegungen weniger bedrohlich, da es dort viele freie Arbeitsplätze gibt und die Wirtschaftsstruktur vielseitiger als z.B. in Kemijärvi und Kajaani ist. In der Wald- und Holzindustrie sind die Arbeitskräfte einseitig ausgebildet und damit nur schwer vermittelbar. Das führt jetzt zu Problemen.

Im Zuge der rapiden Industrialisierung Finnlands hatte bereits in den 60er Jahren eine gewaltige Landflucht aus dem Norden und Osten in Richtung Süden und Westküste des Landes eingesetzt, gezielt gefördert durch sozialdemokratisch geführten Regierungen. ■

ein Protestschreiben mit 28.000 Unterschriften. Sie erhielten ablehnende Antworten.

Als die Enso-Gewerkschafter beschlossen, am 6. Februar in allen 20 Stora Enso Fabriken Finnlands die Arbeit für 24 Stunden niederzulegen, um gegen die staatliche Passivität zu protestieren, verbot ein Arbeitsgericht diesen konzernweiten Solidaritätsstreik. Das angedrohte Strafmaß entsprach in relativem Ausmaß dem des Urteils im Solidaritätsstreik der STTK-Angestellten. Da der Streik einen Tag vor Beginn von Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband stattfinden sollte, bleibt die Frage nach dem wirklichen Grund der Streikabsage. Von Regierungsseite wurde die kurzfristige Absage des Streiks zum Anlass genommen auf die »Vernunft« der Gewerkschaft im Gegensatz zu den Interpellationsparteien hinzuweisen. »Ich begrüße, dass die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Natur der Sache verstanden und überlegt gehandelt hat.« (Vbl. 19.2.08)

Stora Enso drohte gleich, die Risiken dieser Aktionen führten zu Arbeitsplatzverlust, weil nun Investitionen und Produktionen in immer größerem Maße in andere Länder geleitet werden müssten. Die Probleme des Strukturwandels der Branche sollten in den Tarifverhandlungen thematisiert werden, um »Methoden zu erarbeiten, die es möglich machen, die Arbeitsmöglichkeiten in Finnland zu bewahren.« (nach STTK. 1.02.08)

Reaktionen auf den Widerstand der Betroffenen

Besonders erwähnenswert sind die Solidaritätsstreiks zwischen dem 23. und 25. Januar von 500 Angestellten in fünf großen Unternehmen mit hohem Staatsanteil, die auf Beschluss der STTK-Hauptvertrauensleute zustande kamen und trotz gerichtlichen Verbots durchgeführt wurden. Vom Streik waren u.a. Finnair und Patria, die staatliche Kriegswaffenschmiede, betroffen. Nun muss die STTK-Gewerkschaftszentrale eine Strafe zwischen 3000 – 4500 Euro an die jeweils vom Streik betroffenen Arbeitgeberverbände zahlen.

Am 19. Februar debattierten die Mitglieder des finnischen Parlaments die von Sozialdemokraten und zwei weiteren Oppositionsparteien unterstützte Interpellation (Anfrage) des Linksverbands, zur Verantwortung des Staates beim Erhalt von Arbeitsplätzen in Unternehmen mit hohem Staatsanteil. Die Forderung nach staatlicher Intervention wurde mit 105 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

Nachdem Stora Enso zunächst beschlossen hatte, die Fabriken in Summa zum 31. Januar und in Kemijärvi zum

April 2008 zu schließen, reagierte der Konzern Ende Januar auf die heftigen Reaktionen der Betroffenen mit dem Plan, nun doch einen Teil der Produktionsstätten an die finnische Anaika Group zu verkaufen, die dort geleimte Holzbalken produzieren will. Einhundert Arbeitsplätze sollen dadurch erhalten bleiben. Mit einem Millionen-Kredit an den Käufer und garantierte Holzlieferungen will Stora Enso den Verkauf sichern. Die Produktionsstätte Summa soll an die Empower Group verkauft werden.

Die Gewerkschaftsgremien befürchten allerdings, dass der Verkauf lediglich eine vorübergehende Lösung darstellt, die einerseits zur Besänftigung der Betroffenen und andererseits zur schnellen Bereicherung der Käufer dienen soll und lehnen ihn ab. Mit Verachtung aufgenommen wurde Stora Ensos Angebot von 10 Millionen Euro zur Unterstützung der Fortbildung von Entlassenen. Das kann auch als eine Antwort auf die Stellungnahme der Arbeitsministerin Tarja Cronberg angesehen werden, die ihre Hoffnung ausdrückte, dass die „Beschäftigten den Mut aufbringen werden und eine Fortbildung eingehen.“

Einige grundsätzliche Feststellungen

Die Reaktionen innerhalb der finnischen Arbeiterklasse müssen wir auf dem Hintergrund einer nur langsam überwundenen tiefen Strukturkrise der finnischen Wirtschaft von 1990 – 95 mit einer Arbeitslosigkeit von fast 20 Prozent sehen. Diese Krise betraf die arbeitsintensiven Industrien, Klein- und Mittelbetriebe, die ihren Absatzmarkt in der Sowjetunion hatten: Eisbrecher für die SU, Bau-, Textil-, Lederwaren und Lebensmittel.

Die Umorientierung auf einen Weg nach Westeuropa wurde bereits Ende der 80er Jahre vorbereitet. Bankinstitute etablierten sich in Luxemburg. Konkurrenz zwischen Industriebetrieben wurden durch Austausch von Produktionsbereichen bereinigt. Exemplarisch für weitere finnische Unternehmen trat Nokia, Traditionsbetrieb der chemischen Industrie (Reifen, Gummistiefel), seinen Weg auf den Weltmarkt als HighTech-Unternehmen an.

Mit dieser ökonomische Krise einher ging die politische Zersetzung der 1944 gegründeten Volksdemokraten (SKDL) in Folge des sich abzeichnenden Zusammenbruchs der Sowjetunion. Die Nachfolgeorganisation »Linksverband« erreichte bei Wahlen noch um die 8 Prozent der Stimmen und ist außerparlamentarisch kaum wahrzunehmen. Die Politik der Sozialdemokraten verbrauchte sich auf dem Weg nach Westeuropa in der Anpassung an die Erfordernisse der

Internationale Konzerne legen hier still ...

Eingeleitet wurden die Produktionseinschränkungen im größeren Maße von UPM bereits im Jahr 2006 mit dem Abbau von 3000 Arbeitsplätze in der Produktion von Zeitungspapier. Mit der Stilllegung von Werken und zeitweiligen Stilllegung von Produktionsstraßen geht der Konzern diesen Weg konsequent weiter:

- 1 Stillgelegt wurde 2007 das Miramichi Werk in Kanada mit 450 Arbeitskräften (Minus 450.000 t Zeitungspapier)
- 2 In Finnland sollen in Kajaani 60 Beschäftigte, in Lumäki 50 und in Tampere 20 ihren Arbeitsplatz verlieren und in Kajaani weitere 120 für zehn Monate »freigesetzt« werden.
- 3 In Österreich, Steyermühle, werden die Produktionskapazitäten für 2 Monate heruntergefahren. Dadurch soll die Produktion von Zeitungspapier in Finnland und Österreich um insgesamt 250.000 t gesenkt werden.
- 4 In Melbourne (Australien) wird die Etikettlaminatproduktion für 10 Monate stillgelegt.

UPM gab eine Steigerung der Unternehmensgewinne gegenüber dem letzten Jahr bekannt und begründete gleichzeitig die Sparmaßnahmen mit langsamerem Marktwachstum und verringerter Konkurrenzfähigkeit, als Folge zu erwartender Kostensteigerung für Holz, Altpapier und Energie zu Beginn des Jahres 2008.

... und bauen woanders auf

Stora Enso, die ihre Produktion in Finnland und Schweden senken, ganze Standorte schließen will, gab bereits im Juli den Plan bekannt, in Nishnij Novgorod eine Papier- und Zellulosefabrik zu errichten.

Weitere finnische Konzerne der Branche wollen in Russland investieren:

- So teilte die Ruukki Group im Frühjahr mit, dass sie ein Abkommen mit den russischen Behörden getroffen habe, für 1,1 Milliarden Dollar in Kostroma ein Zellulosewerk zu bauen.
- Am 19.12. gab UPM bekannt, dass sie in Kooperation mit dem russischen Konzern SVEZA den Bau eines Zellulosewerkes südöstlich von St. Petersburg plane. Nach der Androhung, die Exportzölle für Holz zu erhöhen, kommt damit die Konzernleitung der Forderung der russischen Regierung nach, vor Ort zu investieren und weiterhin nicht nur Holz nach Finnland zu importieren. Die Zelluloseproduktion soll ein Ausmaß haben, so dass der russische Markt versorgt wird, und darüber hinaus Zellulose auf dem Weltmarkt angeboten werden kann. Auf dem Hintergrund des stark wachsenden Baumarktes in Russland soll diese Anlage ein großes Sägewerk und ein Werk zur Produktion von Spanplatten erhalten. Ca. 650 Arbeitskräfte aus der Region erhalten dadurch Arbeit. Mit dem Bau des Werkes werden zugleich große notwendige Infrastrukturmaßnahmen, wie der Bau von Straßen und eines Kraftwerks geplant. ■

Transformation des »nordischen Wohlfahrtsstaates« in einen gewöhnlichen kapitalistischen Staat. Auf diesem Wege hat sie die Gewerkschaften mitgenommen.

Der wirtschaftliche Aufschwung nach der Umstrukturierungskrise wurde bis vor zwei Jahren noch von einer hohen Arbeitslosigkeit (8 – 9 Prozent) begleitet. Diese Entwicklung geht einher mit einem steigenden Bedarf an Arbeitskräften in den Industrie-, Forschungs- und Dienstleistungszentren des Südens und Westens und der anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit im Norden und Osten des Landes. Sie weist also große regionale Unterschiede auf und schlägt sich augenfällig im Neubau von Eigenheimsiedlungen und dem Zweitwagen nieder.

Die Bereitschaft der finnischen Arbeiter und Angestellten, sich wieder für die eigenen Belange verstärkt einzusetzen und teilhaben zu wollen an den Gewinnen der finnischen Wirtschaft und des Nationaleinkommens, spiegelte sich in der Lohnrunde 2007 wider, besonders im frauendominierten Dienstleistungsbereich. Die Frauen haben mit ihren Abschlüssen wohl erstmals in der Geschichte eine Vorreiterfunktion bei der Kompensation für das Zurückbleiben in der Lohnentwicklung eingenommen. (siehe: Arpo 1/2008)

Die unterschiedliche Betroffenheit der finnischen Beschäftigten ist keine gute Voraussetzung für einen gemeinsamen Kampf. Doch die Umstrukturierung in der Holz-, Zellulose- und Papierindustrie wirkt sich bereits in anderen Bereichen aus. So soll der Umschlag von Holz, Zellulose und Papier von Hamina (Südküste) in den Nachbarhafen Kotka verlagert werden, was den Wegfall von 200 der 300 Arbeitskräften bedeutet. Die Hafentarbeiter Haminas haben Streiks angesagt. Eine maßgebliche Rolle spielt bei dieser Konzentration der Logistik der finnische Holz-, Zellulose- und Papiergigant UPM.

Die Solidaritätsstreiks der Angestellten in den Unternehmen mit hohem Staatsanteil sind Ausdruck einer ver-

änderten Stimmung unter den Lohnabhängigen. Ein Stimmungswandel deutete sich schon in der Zustimmung der Bevölkerung zur Massenkündigung als Arbeitskampfmittel des Pflegepersonals im Krankenhaus- und Pflegebereich an. Hier drängt sich ein Vergleich zur Sympathie der Lohnabhängigen in Deutschland mit den Arbeitskampfmaßnahmen der Lokführer auf. In beiden Fällen war die Bevölkerung unmittelbar von Arbeitskampfmaßnahmen betroffen, bzw. wäre im Falle des Inkrafttretens der Massenkündigung betroffen gewesen.

Zelluloseindustrie in Finnland – Arbeitsplätze mit Zukunft?

Zur Zeit beschäftigt die Holz-, Zellulose- und Papierindustrie Finnlands noch 60 000 Personen direkt und 200 000 indirekt. Innerhalb von zehn Jahren wurden in diesem Industriezweig 10 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Diese unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen logische Entwicklung ist nicht abgeschlossen. Mit der Profitmaximierung als Ziel erscheint das Schicksal einer Region gegenüber den Belangen der global player als unbedeutend, »...sondern ist dagegen global gesehen Teil einer gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft«, wie es der ehemalige Nokiachef Jorma Ollila am 9.11.07 in Taloussanommat (Wirtschaftsnachrichten) ausdrückte. Die Stellungnahmen der Regierungsparteien, die sich mit dem Hinweis auf die Verantwortung von Stora Enso für die Region begnügen, sind mit dieser Aussage auf einer Linie.

Auch vor dem Hintergrund der UPM-Pläne, in Zusammenarbeit mit dem finnischen Technologieunternehmen Chempolis in China in einer Bioraffinerie Zellulose und Biochemikalien aus Rohwaren, die kein Holz zur Grundlage haben (u.a. Stroh, Schilfgewächsen) herzustellen, gewinnt die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung für die Arbeitsplätze in der skandinavischen Papierproduktion erheblich an Bedeutung. ■

Was interessiert uns Ecuador ?

Während bei uns weiterhin Staatsbetriebe privatisiert werden, sind die meisten Länder Südamerikas, die überwiegend agrarisch ausgerichtet sind, dabei, Einflüsse des Neoliberalismus von aussen und innen zu bekämpfen, Fremdbestimmung durch die kapitalistischen Zentren und ihre multinationalen Konzerne soll zurückgedrängt werden. Teile der Bevölkerung, darunter auch bürgerliche Kräfte, sind daran beteiligt. Ihr Kampf gilt der Entwicklung einer nationalen Wirtschaft unter eigener Führung. Dabei setzen sich die Führer dieser Bewegungen mit allen Ideen, die für ihren Kampf eine Rolle spielen, auseinander. Ihr Ziel: Die heimischen Schätze selbst ausbeuten, Bedingungen schaffen, mit denen eine nationale Wirtschaft, Produktion und Verkehr, aufgebaut werden kann.

Von diversen Linken wird die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung, für deren Verwirklichung bei uns noch die subjektiven Voraussetzungen fehlen, auf Südamerika projiziert. Wir müssen jedoch die Entwicklung von Widerstand in Entwicklungs- und Schwellenländern gegen Ausbeutung und Fremdbestimmung durch die kapitalistischen Zentren in seinen realen Möglichkeiten sehen. Zweifelsfrei ist die aufopferungsvolle Hilfe europäischer Unterstützerguppen für die indigene Bevölkerung im Kampf gegen multinationale Konzerne wertvoll. Entscheidend wird jedoch sein, inwieweit die arbeitende Bevölkerung der kapitalistischen Zentren den Kampf gegen ihre eigene Ausbeutung aufnimmt. Das schafft auch sozialen Bewegungen in Entwicklungs- und Schwellenländern entscheidende Bewegungsfreiheit.

In dem Maße, wie die US-Truppen im Irak und in Afghanistan durch den dortigen Widerstand gebunden sind, erhalten die Bewegungen für eigenständige Entwicklungen in anderen Ländern, wie in Südamerika, aber auch im südlichen Afrika, größere Möglichkeiten der Entfaltung. Auch Paraguay hat sich nun mit der Wahl des Befreiungstheologen Lugo zum Präsidenten in die Front gegen den Neoliberalismus eingereiht.

In dem Maße, wie es Venezuela – bzw. der neugegründeten »Bank des Südens« – möglich ist, Länder wie Argentinien und Ecuador finanziell zu stützen, gelangen diese nicht so schnell wieder in die Fänge von Weltbank und IWF. In dem Maße, wie die Zahl der Nationalstaaten zunimmt, die eine selbstbestimmte Entwicklung anstreben, wächst auch die Möglichkeit, diesen Weg durch Handel untereinander zu stabilisieren. So konnte Nicaragua durch seinen Beitritt zur »Petrocaribe« und zur »Bolivarischen Alternative für Amerika« (ALBA) durch Vorzugslieferungen von Erdöl geholfen werden, Energie für den Eigenbedarf zu produzieren. Ein weiterer Faktor zur Stabilisierung dieses Weges ist die große Rohstoffnachfrage aus Asien, besonders aus China. Sie hat die Preise für Rohstoffe wie Kupfer, Stahl oder Soja, die in Südamerika reichlich vorhanden sind, deutlich steigen lassen.

Das Abschütteln der Fremdbestimmung ist die Voraussetzung dafür, dass sich durch die ökonomische Entwicklung eine Arbeiterklasse herausbildet, die sich mit der eigenen Bourgeoisie auseinandersetzen kann. In Ecuador hat sich bisher eine Bewegung gegen den Neoliberalismus behauptet. Am Beispiel Ecuador versuchen wir darzustellen, welche gesellschaftlichen Kräfte sich zur Gegenwehr entwickeln und welche Ziele, Probleme und welche Perspektive diese Bewegung hat ■

Ecuador auf dem Weg zu einer selbstbestimmten Entwicklung?

Ausbeutung des Landes durch das internationale Kapital.

Die Entdeckung von Erdölvorkommen im Amazonasgebiet ermöglichte in den 70er Jahren in Ecuador eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs. Jährliche Wachstumsraten von 9 Prozent wurden verzeichnet. Mit Hilfe umfangreicher Kreditaufnahmen aus dem Ausland wurden staatliche Betriebe gegründet. Ein Jahrzehnt später wurde das stark verschuldete Ecuador – wie viele Entwicklungsländer – durch die Hochzinspolitik der USA von einer Schuldenkrise erfasst. Das Land stürzte in eine schwere Wirtschaftskrise. Der Fall der Erdölpreise am Weltmarkt und der Ausfall der einzigen Ölpipeline durch ein Erdbeben verschärften die Lage.

Die hohe Auslandsverschuldung Ecuadors ermöglichte 1993 dem IWF, im Land gesetzliche Voraussetzungen durchzusetzen, die darauf zielten,

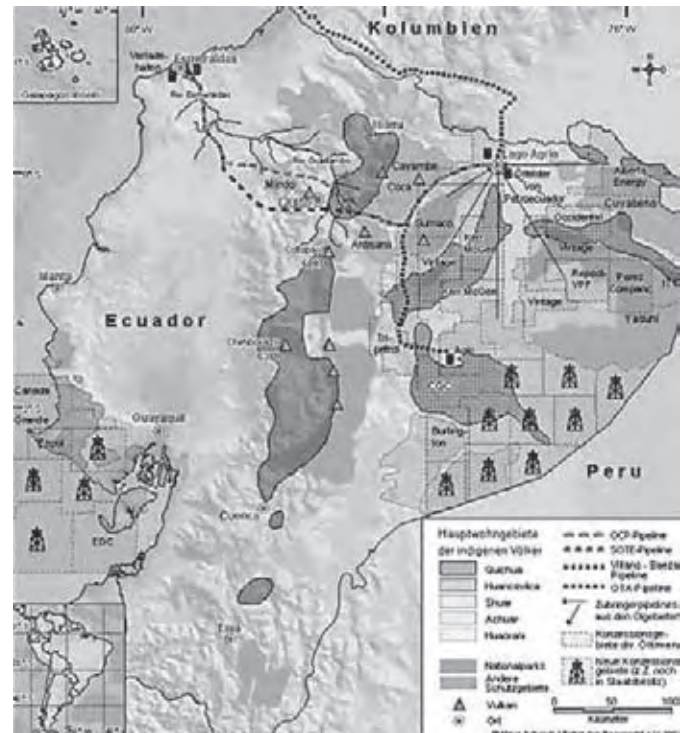
- 1) die Verwaltung des Staates »effizienter« und »rationaler« zu machen,
- 2) »ineffiziente« Staatsbetriebe¹⁾ zu privatisieren,
- 3) dass in den Sektoren Trinkwasserversorgung, Bewässerung, Postdienste und ähnlichen Bereichen private Udie Bereitstellung von Dienstleistungen übernehmen können,
- 4) die Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen, die in staatlichem Besitz blieben, konnte an private Unternehmen vergeben werden.

Ab 1994 liberalisierte die Regierung das Bankenwesen, ohne dass eine funktionierende Bankenaufsicht geschaffen wurde. Ecuador bot Bergbaufirmen traumhafte Bedingungen: Sie konnten hundert Prozent ihrer Gewinne einfahren und mussten kaum Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter befolgen. Bezeichnenderweise verfügt das Land als fünftgrößter Rohölproduzent Südamerikas selbst über praktisch keine Raffineriekapazitäten und muss deshalb den Großteil der Treibstoffe importieren. (Mit venezolanischer Beteiligung soll nun die erste Raffinerie des Landes gebaut werden.)

Die vom IWF erzwungenen Privatisierungen führten zu Preissteigerungen. Mit ihnen einher gingen in den letzten Jahren der Abbau von Kündigungsschutz und die Beschneidung von Gewerkschaftsrechten. Neben Arbeitslosigkeit ist Unterbeschäftigung weit verbreitet: Nur ein Viertel der Lohnabhängigen hatte einen regulären Arbeitsvertrag, der Zugang zu Sozialversicherungsleistungen gewährt.

Durch eine unkontrollierte Kreditpolitik der Banken kam es im März 1999 zur akuten Krise, die praktisch zur Enteignung der Sparer (Mittelschichten) führte. Die Inflation entwertete den Sucre, die damalige nationale Währung, drastisch.

Wirtschaftsrückgang und Verarmung weiter Bevölkerungsschichten waren die ökonomischen und sozialen Folgen, während der Reichtum der Oligarchie zunahm²⁾. Preiserhöhungen im öffentlichen Transportwesen sowie für Haushaltsgas führten zu einem Aufstand der Indígena-Be-



wegung im Januar 2000, der schließlich zum Sturz des Präsidenten führte (Indígenas = indianische Urbevölkerung).

Ecuadors Mittelschicht protestiert

2002 hatte sich der ehemalige Oberst Gutierrez im Wahlkampf als Gegner der traditionellen herrschenden Klasse in Ecuador präsentiert. Dadurch hatte er die Unterstützung der Indigenen und der Mittelschichten erhalten. Indigene Minister traten in die Regierung ein. Mit der Fortsetzung des neoliberalen Kurses brachte Gutierrez die indigene Bevölkerung und die Mittelschichten in den Städten gegen sich auf. Die Abkommen mit dem IWF hatten zur Folge, dass die Preise für Benzin und Nahverkehr drastisch angehoben, die Subventionen für Haushaltsgas, Strom, Treibstoff usw. drastisch gekürzt und die staatlichen Stromversorgungs- und Telekommunikationsunternehmen privatisiert wurden. Für zusätzliche Empörung bei der indigenen Bevölkerung sorgte der Plan, den Dollar als Währung einzuführen.

Unter dem Druck ihrer Basis traten die indigenen Minister nach sechs Monaten aus der Koalition aus. Mitte April 2005 kam es in Quito zur »Rebellion der Forajidos« (Gutierrez verhöhnte die Protestierenden als flüchtige Straßenräuber = Forajidos.) Motor dieses Aufstandes war eine Initiative von Teilen der Mittelschicht (besonders in der Hauptstadt Quito), denen die Perspektive genommen worden war. Da sie ihre Interessen im Parlament von keiner der traditionellen Parteien vertreten sahen, vertraten sie ihre Interessen auf der Straße. Ihr Ruf: »Que se vayan to-

dos« (alle da oben sollen gehen) hallte durch die Straßen. Vor allem die ecuadorianische Jugend ging auf die Straße. Besonders aktiv waren Oberschüler und Studenten, denen als Perspektive die Arbeitslosigkeit drohte. Für eine kleine konsumstarke Oberschicht war bisher viel importiert worden. Doch im produzierenden Gewerbe entstanden keine Arbeitsplätze: Jeder sechste war arbeitslos, sechs von zehn waren unterbeschäftigt. Angesichts der radikalisierten Protestdemonstrationen ließ das Militär (bis dahin von den USA finanziert) die Unterstützung für den Präsidenten fallen. Gutiérrez war zum Rücktritt gezwungen.

Die Mittelschichten sind nicht fest organisiert. Für ihre Proteste haben sie ein informelles Informationssystem. Ihre herausragende Stellung in dieser Rebellion steht im Gegensatz zur bedeutenden Rolle der indigenen Bevölkerung in den vorhergehenden großen Protestbewegungen. Denn zum wichtigsten Faktor im Lager der sozialen Bewegungen war CONAIE geworden, der Verband der Indígenas.

Nach einem nun schon eingespielten Schema erbte Vizepräsident Alfredo Palacio die Führung im Staat. Er berief Rafael Correa³⁾, einen christlichen Humanisten, zum Wirtschaftsminister. Dieser widersetzte sich dem völligen Ausverkauf des Landes. Er wollte die Erdöleinnahmen, den wichtigsten Devisenbringer Ecuadors, stärker für soziale Belange einsetzen. Doch Banken, Erdölmagnaten, IWF und Weltbank, die USA und die Interamerikanische Entwicklungsbank setzten Präsident Palacio unter Druck, um ihre Privilegien zu erhalten. Correa sah sich nach kurzer Zeit gezwungen, sein Ministeramt niederzulegen.

Nun konnte Präsident Palacio Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA eröffnen. Die aufkommenden Demonstrationen gegen das Freihandelsabkommen waren allerdings so stark, dass sie das öffentliche Leben lahm legten.

Correa wird Präsident

Zu den Präsidentschaftswahlen 2006 trat das Bündnis fortschrittlicher Kräfte »Alianza País« unter der Führung Correas an. Im Wahlkampf proklamierte er als Ziele: soziale Gerechtigkeit, nationale Souveränität und den Schutz der Umwelt, zusammengefasst unter dem Begriff »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«.

1) Insgesamt gab es nur 167 Unternehmen, die für eine Privatisierung in Frage kamen. Als erster großer Staatbetrieb wurde das Zementwerk »Cemento Nacional« 1993 privatisiert; 1994 zwei private Telefondienstleister (Bellsouth und CONECEL). 1996 erfolgte die Privatisierung der nationalen Fluggesellschaft »Ecuatoriana de Aviación«. Zwischen 1992 bis 1995 übertrug der Staat Aktien von 14 Unternehmen mit staatlicher Beteiligung an den Privatsektor. Im Jahre 2000 wurden weitere Privatisierungen beschlossen: U. a. wurde Privatunternehmen gestattet, Öl und Gas zu fördern sowie Pipelines zu bauen. Schwerpunkte neuer Privatisierungen waren die Telekommunikation, der Elektrizitätssektor und die Häfen Esmeraldas, Puerto Bolívar und Guayaquil.

2) Nach Angaben der Weltbank lag die Staatsquote Ecuadors 1997 bei nur 12,4 % des BIP im Vergleich dazu sind in den Industrieländer Westeuropas Quoten zwischen 40 und 54 Prozent zu finden, in den USA liegt die Staatsquote mit 30 Prozent niedriger, jedoch immer noch bedeutend höher als in den meisten Ländern Lateinamerikas, jedoch immer noch bedeutend höher als in den meisten Ländern Lateinamerikas.

Ecuador

hat heute 13 Mio. Einwohner, die Mehrheit der Einwohner sind Mestizen, ca. ein Drittel Indigene, 15 Prozent spanischer und 5 Prozent afrikanischer Abstammung; fast die Hälfte der Bevölkerung, dreiviertel der Kinder, lebt unter der Armutsgrenze. Die wirtschaftliche Krise und zunehmende Verarmung hat seit Ende der Neunziger Jahre einen Emigrationsprozess ausgelöst, der etwa ein Fünftel der Bevölkerung auswandern ließ. Die Abwesenden unterstützen ihre Familien.

Die Ölinteressen bestimmen die Politik des Staates gegenüber der indigenen Bevölkerung, da viele Reserven auf Indigenenterritorium liegen: Rechtsbruch, Urwaldzerstörung, Auslöschung von Völkern.

Wirtschaftlich ist das Land einseitig auf den Export von Erdöl, Bananen, Krabben und Blumen sowie land-

wirtschaftliche Primärprodukte ausgerichtet. 18 Prozent der Gesamtexporte sind Erdöl, 25 Prozent Bananen und 6 Prozent Meeresfrüchte. Der Erdölsektor erwirtschaftet den weitaus größten Teil der Staatseinnahmen.

Geschichte: Seit seiner Entstehung im Jahre 1830 (nach der Abschüttelung der spanischen Kolonialherrschaft) ist Ecuador immer wieder von Militärs beherrscht worden. Praktisch von Anfang an gibt es Differenzen zwischen den bürgerlichen Fraktionen der Küste und der Hochebene. Die Küstenbourgeoisie gewann durch den Kakaoexport eine dominante Stellung. Nach dem 2. Weltkrieg fanden erste Ansätze einer Industrialisierung statt. Der Anbau von Bananen wurde ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Seit 1973 gewinnt die Erdölproduktion an Bedeutung. ■

Die schlechten Erfahrungen in einem Bündnis mit einem Vertreter der Oberschicht (Gutierrez) hatte die Bewegung der Indigenen gespalten und geschwächt. Sie traten deshalb zunächst mit einem eigenem Kandidaten an. Beim ersten Wahlgang im Oktober 2006 erhielt der Bananenmagnat Noboa (reichster Mann des Landes, der seine Plantagen mit Gewalt gewerkschaftsfrei hielt und im Wahlkampf Geschenke verteilte) die meisten Stimmen.

Im zweiten Wahlgang stellten sich 200 gesellschaftliche Organisationen einschließlich der Indigenenorganisation CONAIE hinter Correa. Im November 2006 siegte Correa mit fast 60 Prozent der abgegebenen Stimmen. CONAIE erklärte ihre Unterstützung für Correas Regierungsprogramm.

Seit April 2007 hat Ecuador seine Schulden beim Internationalen Währungsfonds bezahlt. Correa: *»Die Strategie unserer Regierung wird sein, die Einheit mit anderen Ländern zu suchen, um den hegemonialen Mächten die Stirn zu bieten.«* Correa steht offensichtlich zu zentralen Wahlversprechen: Kampf der Korruption, massive Investitionen in Gesundheit und Bildung und das Auslaufen des Vertrages der US-Militärbasis in Manta im Jahr 2009. Der neue Präsident will die Förderverträge mit den ausländischen Mineralölkonzernen neu verhandeln lassen, denn *»von fünf Barrels verbleiben vier bei den Konzernen.«*

Wie Evo Morales im Nachbarland Bolivien setzt Correa auf Sozialprotestbewegungen, Studentenorganisationen und Linksparteien als Unterstützung, um seine Anliegen gegen den Widerstand der traditionellen herrschenden Klasse durchzusetzen. Mit einem Sturm auf das *»Parlament der Eliten«* unterstützten die Indigenen das Ziel, mit einer verfassungsgebenden Versammlung die Verfassung zu ändern⁵⁾.

Der Sieg in der Wahl zum Verfassungskonvent im September 2007 hat Correas Position gegenüber der Oligarchie gestärkt. Als erste Maßnahme löste der Verfassungskonvent den Kongress auf; ein Schlag gegen die großbürgerliche Opposition, deren politische Wirkungsmöglichkeit damit eingeschränkt wurde.

Die Wahl des Präsidenten ist noch nicht die Lösung der sozialen Probleme

»Für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts⁶⁾, der soziale Gerechtigkeit, nationale Souveränität, den Schutz der Umwelt und eine regionale Integration anstrebt, die auf Verständigung, Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung beruht«, will Correa eintreten. Auch in Ecuador ist es nicht eine revolutionäre Arbeiterklasse, die den Sozialismus zum Programm erklärt. Correas *»Sozialismus«* ist das ver-

einende Band, das die Mittelschichten, die lohnabhängige Klasse, die indigene Bevölkerung und den afro-ecuadorianischen Bevölkerungsteil eint, um die Fremdbestimmung der Wirtschaft abzuschütteln. Die Gegnerschaft zur traditionellen herrschenden Klasse, die vom Zusammengehen mit dem ausländischen Kapital profitiert, eint sie im Ziel. Dabei haben die kleinbürgerlichen Schichten ihre eigene Entfaltung in der nationalen Wirtschaft als Ziel, die Bauernbevölkerung die Erhaltung ihrer eigenen Existenz im Sinn, während es den lohnabhängigen Schichten um Sozialreformen geht. In diesem *»ecuadorianischen Weg«* die neoliberale Politik zu überwinden, sind also schon Widersprüche angelegt.

Ecuador steht vor einer ganzen Reihe von Problemen

Wie kann eine stärkere Beteiligung der Menschen an den politischen Entscheidungen erreicht werden? Das ist eine der umstrittenen Fragen unter Correas Unterstützern. Zwar wird in Ecuador darüber gesprochen, wie die Ungleichheit im Lande überwunden werden kann, doch entscheidend ist zunächst: Ist die soziale Bewegung der Lohnabhängigen, Mittelschichten und der Indigenen so stark, dass sie Correas Politik gegen die US-orientierte Oligarchie des Landes stützen kann? Oder lähmt ein allzu großes Vertrauen in die gewählten Institutionen die Durchsetzungskraft der Kräfte an der Basis? Eine neue Verfassung ist kein Garant für die Realisierung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ziele. Bisher hat noch keine herrschende Klasse auf ihre Privilegien freiwillig verzichtet. Mit seiner Erklärung, an der Dollarisierung festzuhalten, bemühte sich Correa schon, Ängste im bürgerlichen Lager zu zerstreuen.

Wie kann die Landwirtschaft entwickelt werden? Die Hälfte der Landwirte kann nicht mehr von ihrer Scholle

3) Correa entstammt der Mittelschicht. Er studierte an der Katholischen Universität Louvain in Belgien und der University of Illinois in den USA, nachdem er in der Provinz Cotopaxi ein Jahr als Aktivist in einer indigenen Gemeinschaft verbracht hatte.

4) Die Militärbasis Manta spielt eine besondere Rolle für den Kampf der USA gegen die bezeichneten linken Guerilla-Gruppen Kolumbiens. Sie wurde für 80 Millionen US-Dollar zu einem der modernsten High-Tech-Landeplätze Südamerikas ausgebaut.

5) In der alten Verfassung sind zwar die Menschenrechte (auch für die Indigenen) verankert, jedoch ist das neoliberale Wirtschaftsmodell festgeschrieben. Der Ökonom Correa will es durch ein sozial gerechteres Modell ersetzen.

6) Diesen Begriff popularisierte Hugo Chávez in einer Rede auf dem Weltsozialforum Ende Januar 2005 im Porto Alegre in Brasilien.

leben. Deshalb lehnt Correa den Freihandelsvertrag TLC mit den USA kategorisch ab, da er die Mehrheit der Produzenten von Grundnahrungsmitteln wie Reis, Mais, Milch und Weizen einem unlauteren Wettbewerb mit den hochsubventionierten US-Farmern aussetzen würde.

Wie Bolivien akzeptiert auch Ecuador keinen Freihandelsvertrag mit der EU, der das Land lediglich zum Zulieferer billiger Rohstoffe für die Industrie der kapitalistischen Zentren macht. Handelsbeziehungen zwischen Venezuela und Kuba, bei denen Erdöl gegen medizinische Dienstleistungen getauscht werden, zeigen zwar ein anderes Modell, doch braucht Ecuador auch moderne Technologie.

Eine finanzstarke Mittelschicht existiert in Ecuador nicht. Können vom Staat Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der Marktanteil heimischer Betriebe steigt, dass aus der Mittelschicht heraus innovative Betriebe gegründet werden? Können eigene Verarbeitungsketten bei gradueller Integration in den Weltmarkt aufgebaut werden? Können in dem Zusammenhang u.a. eine Reform der sozialen Sicherung, des Gesundheitssystems, des Bildungswesens durchgeführt werden?

Ecuador hat nicht den Ölreichtum Venezuelas. Wie können die geringeren Einnahmen aus der Erdölwirtschaft dennoch zur Modernisierung und Diversifizierung der ecuadorianischen Wirtschaft genutzt werden? Diese Frage stellt sich besonders durch den Konflikt, der sich bereits im Ölsektor entwickelt: Die internationalen Förderkonzerne akzeptieren nicht, dass sie nun alle Einnahmen, die über 24 Dollar je Fass hinausgehen, an den Staat abgeben sollen. Sie drohen mit internationalen Gerichten, der oberste Staatsanwalt Ecuadors mit Vollstreckungsmaßnahmen. Schon jetzt ist die Ölproduktion gesunken. Die Konzerne haben es in der Hand, sie weiter zu drosseln.

Correa braucht jedoch die Öl-Millionen für die Entwicklung des Landes. Darüber hinaus ist er im Umweltschutz engagiert. Am 5. Juni 2007 hat Rafael Correa ein einjähriges Moratorium für die Vergabe von Öl-Förderlizenzen verfügt. Er sieht sich zwei entgegengesetzten Zielen gegenüber: Wie kann das Amazonasgebiet geschützt und können die Reformprogramme trotzdem durchgeführt werden? Der damalige Energieminister Alberto Acosta in einem Interview: *»Was soll mit dem Projekt Ishpingo-Tambococha-Tibutini (ITT) geschehen? Mit mehr als einer Milliarde Barrel liegen dort die größten Reserven unseres Landes. ... ITT liegt zwischen zwei Naturparks mit hoher Biodiversität, in denen die letzten unberührten Völker leben. Was wir vorschlagen, ist ein System, das erlaubt, ungefördertes Rohöl zu verkaufen.«*

Seit einem Jahrzehnt haben die wechselnden ecuadorianischen Regierungen einen brutalen neoliberalen Kurs verfolgt. Die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse hat eine Lebensplanung der einzelnen Lohnabhängigen unmöglich gemacht und die Gewerkschaftsrechte der Klasse praktisch ausgelöscht. Wie kann die Klasse der Lohnabhängigen ihre Interessen unter den neuen Verhältnissen zur Geltung bringen?

Da Ecuador nun mit seiner selbstbestimmten Politik *»den hegemonialen Mächten die Stirn bieten will«*, muss es sich der aggressiven US-Politik erwehren.

Wird die herrschende Klasse Ecuadors mit Hilfe der USA die inneren Gegensätze zum Sturz der Regierung ausnutzen können? Alles nach dem alten Prinzip: Teile und herrsche? In Bolivien treibt die Reaktion die Spaltungspolitik voran: Die Gouverneure mehrerer Erdgasbezirke wollen die vom Konvent beschlossene Verfassung nicht anerkennen. Das an Bodenschätzen reiche, von Großgrundbesitzern

beherrschte Departement Santa Cruz hat für ein »Autonomie-Statut« gestimmt: Eine deutliche Warnung an Ecuador. Durch den Aufruf der COB-Gewerkschaften zur Verteidigung der neuen Verfassung wird der Klassenkampfcharakter der Auseinandersetzung in Bolivien unterstrichen.

Die USA nutzen Kolumbien als Operationsbasis, um Südamerika militärisch zu kontrollieren. Daher droht der progressiven Entwicklung Ecuadors auch von hier Gefahr. Das wurde zum erstenmal deutlich, als am 1. März 2008 kolumbianische Einheiten mit Unterstützung der USA ein Lager der kolumbianischen Guerillaorganisation FARC auf dem Boden Ecuadors angriffen. ■

Die indigene Bevölkerung organisiert den Widerstand gegen die Ausbeutung des Landes

Die indigene Bewegung in Ecuador, die Bewegung der Ureinwohner, hat ihren Ursprung in den 1920er Jahren. Schon 1944 wurde die erste überregionale indigene Organisation (Federación Ecuatoriana de Indios, FEI), gegründet. Sie kämpfte in Verbindung mit der Kommunistischen Partei bis in die 1970er Jahre für eine Überführung von Ländereien an Kleinbauern und kooperativ bearbeitete Betriebe.

1980 schlossen sich verschiedene Indio-Organisationen zum Dachverband CONAIE (Confederacion de Nacionalidades Indigenas del Ecuador) zusammen. Die Organisation hat mittlerweile mit ihren militanten Massenprotesten gegen Korruption, Dollarisierung der Wirtschaft und fehlende Legitimität der herrschenden Politik maßgeblich zum Sturz von zwei Regierungen beigetragen (in den Jahren 1997 und 2000). Die Verfassung von 1997, an deren Entstehung die CONAIE mitwirkte, sieht besondere Wahlkreise für indigene Bevölkerungsgruppen vor, in denen Verwaltung, Recht und ökonomische Ressourcennutzung von den indigenen Autoritäten bestimmt werden.

Seit dem Aufstand 1990, mit dem die CONAIE verstärkt ins Licht der Öffentlichkeit rückte, wurden von der indigenen Bewegung immer wieder nationale Aufstände vorangetrieben, durch die Rechte und Zugeständnisse in einigen Bereichen durchgesetzt werden konnten: Legalisierung von Grundstücken und Ländereien, Bewahrung vorhandenen Gemeindelandes; in der Küstenregion: Anspruch auf gemeinschaftlich genutzte Territorien, politische Mitbestimmung, die Blockade der wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen und der neoliberalen Reformgesetze und Korruptionsbekämpfung. Sie war die einzige soziale Kraft geworden, die eine starke Mobilisierungsfähigkeit bewies.

Um größeren direkten Einfluss auf die nationale Politik ausüben zu können, wurde aus dem Kreis der CONAIE 1995 mit Blick auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Mai 1996 das Pachakutik⁷⁾ (»Zeitenwende«) gegründet. Der Nationalkongress hatte zuvor ein Gesetz erlassen, das sozialen Bewegungen jenseits der Parteien die Teilnahme an Wahlen ermöglichte.

Pachakutik verhalf dem ehemaligen Putschisten Gutiérrez 2002 in einem Bündnis mit dessen Partei zum Sieg bei den Präsidentschaftswahlen. Dieser nahm Vertreter der Ureinwohner in seine Regierungsmannschaft auf⁸⁾ und schlug dann einen politischen Kurs ein, der dem Grundsatzprogramm der indigenen Partei und den vor der Regierungsbildung getroffenen Absprachen widersprach.

7) Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik – Nuevo País ,kurz: Pachakutik, offiziell: MUPP-NP

An der indigenen Basis wuchs der Widerstand gegen den Präsidenten und die Beteiligung an der Regierung, woraufhin der Pachakutik 2003 die Regierung verließ. Die Aktiven der Indigenen forderten, die Auseinandersetzung auf die Straße zu verlagern. Im Dezember 2003 forderten die CONAIE und andere Verbände der Indigenen den Rücktritt des Präsidenten. Kurz darauf wurde ein Indigena-Führer **Humberto Cholango**, wegen präsidentenkritischer Äußerungen für einige Stunden verhaftet. Am 1. April 2004

8) Pachakutik stellte in der Regierung Gutiérrez die Außenministerin (Nina Pacari) und den Landwirtschaftsminister (Luis Macas).

9) Die 500 km lange Pipeline, die sich vom Amazonas über die Anden bis zum Pazifik schlängelt, wurde mit Krediten der Westdeutschen Landesbank gebaut. Sie durchquert sieben Naturschutzgebiete und führt entlang vulkanisch aktiver sowie erdbeben- und erdrutschgefährdeter Zonen. Sie ist deswegen besonders bruchgefährdet. Auslaufendes Öl führt zu Verschmutzung. Um die Pipeline zu füllen, soll die Ölförderung auf bislang unberührte Schutzgebiete und Territorien von indigenen Völkern im Amazonas ausgeweitet werden. Davon sind Indianergemeinden, wie Sarayacu, direkt bedroht. Ein Großteil des Öls ist für die USA bestimmt.

wurden der CONAIE-Vorsitzende **Leonidas Iza** und seine Familie bei einem Anschlag ermordet, Izas Bruder, seine Frau und sein Sohn verletzt. CONAIE-Vertreter vermuten die Attentäter aus den Reihen der Regierung, was jedoch nie bewiesen werden konnte. Die Opposition der Indigena-Bewegung verstärkte sich, was letztlich zum Sturz von Gutiérrez beitrug. Widerstand gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes leistet besonders der Stamm der Sarayacu. Er hat Verbindungen bis nach Europa aufgebaut.⁹⁾

War die Indigena-Bewegung Anfang 2006 noch aktiv gegen das Freihandelsabkommen mit den USA auf den Straßen, so ist ihre Aktivität danach zurückgegangen. Die CONAIE-nahe Partei Pachakutik hat immer noch mit den Folgen ihrer Regierungsbeteiligung zu kämpfen.

Die konkreten Ziele der sozial benachteiligten Bevölkerungsguppen, Zurücknahme des Sozialabbaus und der Privatisierungen sind eingebettet in der Forderung nach einer selbstbestimmten der Entwicklung des Landes. Die Politik der indigenen Bevölkerung richtet sich also gegen den Einfluss der USA und des IWF. ■

■ BUCHBESPRECHUNG

Zur Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter

Der Herausgeber, Theo Bergmann, und die fünf weiteren Autoren stellen ihr Buch über die Stuttgarter Metallarbeiter in einen historischen und klassenmäßigen Zusammenhang. Sie sind dabei davon ausgegangen, dass Klassenbewusstsein und historische Rolle der Arbeiter sich nicht immer und überall gleichen, sondern einer Entwicklung unterworfen sind. Sie betonen, dass diese Umstände immer bei einer Darstellung der Entwicklung berücksichtigt werden müssen.

Wenn nur eine Ortsverwaltung der heutigen IG Metall in ihrer historischen und aktuellen Umgebung analysiert wird, so gibt es dafür einen Grund: Stuttgart war über lange Jahre eine der wichtigsten Ortsverwaltungen, die über Perioden dank *»einer politisch gebildeten, sehr klassenbewussten Mitgliedschaft«* (S.10) eine vorbildliche Rolle gespielt hat. Die Verfasser hoffen, dass die *»aktiven Metaller und Metallerinnen ... das Buch mit Gewinn für ihre eigene Arbeit«* (S. 10) lesen werden. Insofern man aus der Geschichte durch Lesen überhaupt lernen kann, ist hier ein Schritt getan, um die Erfahrungen früherer Generationen mit heutigen Erfahrungen zu verbinden. Es muss jedoch gleich gesagt werden: die Beiträge sind zu unterschiedlich, um ein einheitliches Geschichtsbild zu formulieren. Gut ist, dass das Buch deshalb zu einer Diskussion herausfordert.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Stuttgart dank des rasanten Wachstums der Metallindustrie zu einem industriellen Zentrum. Auf dieser Grundlage entstand eine selbstbewusste Arbeiterbewegung mit ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sowie anderer Verbände wie etwa die *»Naturfreunde«*. Im Zentrum stand der Deutsche Metallarbeiter-Verband (DMV), der jahrzehntelang seinen Hauptsitz in Stuttgart hatte. Die sozialdemokratische Partei besaß vor 1914 in Stuttgart eine linke Mehrheit. Sie unterstützte z.B. 1913 die streikenden Bosch-Arbeiter (dieser wichtige Konflikt wird in einem eigenen Abschnitt von Wolfgang Haible analysiert). Der DMV

(Ortsverwaltung und Bezirk) wurde dagegen bis 1918 von Funktionären des rechten Flügels geführt, die sich gegen Oppositionelle wandten. Nach 1918 änderte sich das Bild, die Ortsverwaltung (OV) bekam eine linke Mehrheit und entwickelte eine Politik, die schon 1920 grundsätzliche Fragen der Einheitsfrontpolitik aufwarf (die *»Stuttgarter Initiative«*). Auch in der späteren Bundesrepublik war die Stuttgarter IG Metall für Jahre eine Art *»linker Vorreiter«* innerhalb des allgemeinen Rahmens sozialpartnerschaftlicher Politik. Eine Geschichte dieser Entwicklung hat natürlich großes Interesse.

Das Buch ist von verschiedenen Linken unterschiedlicher Couleur und nicht im Auftrag der IGM¹⁾ geschrieben: vier Akademiker und zwei aktive IGM-Gewerkschafter, alle mit guten Qualifikationen auf der Grundlage verschiedener Erfahrungen. Theo Bergmann ist gleichzeitig auch der Verfasser des umfangreichsten Teils der Darstellung.

In den historischen Abschnitten wird versucht, die Stuttgarter Bedingungen mit der allgemeinen Entwicklung in Deutschland zu verbinden. Das gelingt nur zum Teil, manche der konkreten Stuttgarter Ereignisse werden nicht oder nur am Rande gestreift, während die allgemeine Entwicklung auf sehr übergeordneter Ebene dargestellt wird. Für die Leser ist es weiterhin öfters schwierig bei der Beschreibung der Stuttgarter Entwicklung zu erkennen, ob die Ortsverwaltung (OV) oder der Bezirk oder gar der DMV (Gesamtverband) gemeint ist. Die Unterscheidung ist aber wichtig, weil der Bezirk und der DMV sozialdemokratisch dominiert waren, während die OV seit 1919 bis 1933 durch die linke Opposition geführt wurde. Diese Unklarheit verdeckt die vorhandenen Widersprüche. In der Zeit Willi Bleichers als Bezirksleiter erscheint der Bezirk als linksstehend, während die meisten Mitglieder und Funktionäre sich aber im bestehenden politischen und ökonomischen System der Bundesrepublik zu Hause fühlten.

Die *»Stuttgarter Initiative«*

Der wohl wichtigste Vorschlag, der von der Stuttgarter Ortsverwaltung erarbeitet wurde, waren die fünf *»Stuttgarter Forderungen«* vom 2. Dezember 1920, die ein entscheidender Ausgangspunkt zur Ausarbeitung der Einheitsfrontpo-

1) Es gab in der IG Metall Pläne, für jeden einzelnen Bezirk eine geschichtliche Darstellung zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Dem hier besprochene Band hat es gut getan, dass er ohne einen Auftrag der IG Metall (folglich ohne Zensur durch den Hauptvorstand), aber mit Unterstützung von Metallern erarbeitet wurde.

Einheit im Handeln finden ...

Aktive Gewerkschafter setzen sich derzeit wieder mit der Frage auseinander: Wie kann bei dem vorhandenen Erfahrungsstand eine wirksame Interessensvertretung für die Lohnabhängigen erreicht werden, mit welchen gewerkschaftlichen und politischen Forderungen kann die in eine Vielzahl von Einzelkämpfen mit Unternehmern und Staat zersplitterte Gewerkschaftsbewegung wieder zu einer starken Kraft in der Gesellschaft werden?

Für sie ist es nicht uninteressant, zu erfahren, wie am Anfang der Weimarer Republik unter anderen objektiven und subjektiven Voraussetzungen mit dieser Frage umgegangen wurde. Es ging um die Herstellung der Aktionsfähigkeit der Klasse und den Versuch, im Kampf für einheitliche Tagesforderungen der Arbeiter die bestehenden Differenzen zu überwinden. Damals war das zentrale Problem: Wie kommt die politisch gesplante Arbeiterklasse zum gemeinsamen Handeln?

Die »Stuttgarter Initiative«

Ab Mitte 1920 setzte in Deutschland eine Entwicklung ein, die durch wachsende Arbeitslosigkeit und steigende Preise für Waren des Grundbedarfs gekennzeichnet war. Die reichsweiten Gewerkschaften organisierten keine Aktionen zur Verteidigung des Lebensstandards der Lohnabhängigen. Als Antwort auf die Notwendigkeiten der Zeit arbeitete die Stuttgarter DMV-Ortsverwaltung einen Aufruf mit fünf konkreten Forderungen aus, in denen die **Kontrolle der Preise für Waren des täglichen Bedarfs**, die **Verbesserung der Lebensbedingungen und Arbeit für die Arbeitslosen** sowie **Abwälzung der Steuerlast auf die Besitzenden** gefordert wurden, wie auch **Kontrolle der Rohstoff- und Lebensmittelgewinnung** durch Instanzen der Arbeiterbewegung. Schließlich wurde die **Entwaffnung rechtsradikaler Organisationen und Bewaffnung der Arbeiter** gefordert. Dieser Beschluss vom 2. Dez. 1920 ging an den Vorstand des DMV mit der Aufforderung, diese Punkte **offen in Gewerkschaftsversammlungen zu diskutieren** und so den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und die Lohnabhängigen gegen die Unternehmer zu mobilisieren.

Der Vorstand des ADGB lehnte den Antrag ab. Doch in vielen Versammlungen in ganz Deutschland unterstützten Arbeiter den Stuttgarter Gedanken, die Macht der Arbeiter gemeinsam zur Geltung zu bringen – trotz einer Gegenkampagne der Gewerkschaftsbürokratie und der sozialdemokratischen Presse. Ganze Ortsverwaltungen und Ortskartelle stellten sich auf die Seite der Stuttgarter Metaller. So wurde aus den fünf Forderungen der Stuttgarter Metaller eine wirkungsvolle Initiative für das gemeinsame Handeln der nach dem Weltkrieg politisch gesplante Arbeiterklasse.

Dieser Stimmung gab die KPD in einem »Offenen Brief« (vom 8. Januar 1921) an die Vorstände von ADGB, SPD, USPD

und weiterer Arbeiterorganisationen Ausdruck. In diesem Brief ging es um Lohnerhöhung für alle Arbeitenden, Erhöhung der Renten, Forderungen für die Arbeitslosen, zur Lebensmittelversorgung und zur Kontrolle der Produktion.

Die Leitungen von ADGB, SPD und USPD bezeichneten den »Offenen Brief« als einen demagogischen Trick der VKPD. Doch die Wirkung der **Kampagne für einen gemeinsamen Kampf** der Arbeiter war nicht wegzureden. Ein Beispiel: Als die Unternehmer mit Betriebsstilllegungen gegen die Kali-Arbeiter Mitteldeutschlands vorgehen, beschloss eine Reichskaliarbeiterkonferenz, dass der »Offene Brief« der VKPD die geeignete Grundlage für den Kampf der Bergarbeiter sei.

Auch mit Ausschlüssen von Gewerkschaftsfunktionären, die den »Offenen Brief« unterstützten, und der Verweigerung der Anerkennung kommunistischer Ortsverwaltungen kamen die Gewerkschaftsvorstände nicht gegen diese Bewegung an. Um der Bewegung die Spitze zu brechen, stellte im Februar 1921 der **Vorstand des ADGB zehn eigene Forderungen** zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen an die Reichsregierung auf. Die KPD reagierte mit der Aufforderung an alle Lohnabhängigen, sich für die Durchsetzung dieser zehn Forderungen zu engagieren, den wirklichen Kampf für die Forderungen zu organisieren und sich nicht auf die Gewerkschaftsführer zu verlassen.

Der Forderungskatalog wurde zum Ausgangspunkt für die Entwicklung der Einheitsfrontpolitik, die in den folgenden Jahren in der KPD formuliert wurde. ■

Quellenangaben:

Forderungen der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart des DMV von Anfang Dezember 1920 an den Verbandsvorstand zur Einleitung von Kampfaktionen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. | *Die Rote Fahne*, Nr. 249 vom 2. Dezember 1920; *Nachdruck in Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band VII/1 1919-1921*; Berlin 1966, Dokument 167, S. 354 – 356)

Offener Brief [der KPD] an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Allgemeine Arbeiterunion, Freie Arbeiterunion (Syndikalisten), SPD, USPD, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands | *Die Rote Fahne* Nr. 11, 8. Januar 1921; *Nachdruck in Dokumente und Materialien ...*, Dokument 178, S. 410 – 412

An das gesamte deutsche Proletariat (Aufruf der KPD vom 15. Januar 1921) *Die Rote Fahne* Nr. 25, 16. Januar 1921; *Nachdruck in Dokumente und Materialien ...*, Dokument 179, S. 412–416)

Schreiben des Vorstandes des ADGB vom 26. Februar 1921 an die Reichsregierung mit zehn Forderungen zur Minderung der Not der Arbeitslosen *Korrespondenzblatt des ADGB 1921*, Nr. 10, S. 132/132; *Nachdruck in Dokumente und Materialien ...*, Dokument 186, S. 438 – 440

August Thalheimer: Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus, S. 22–24 (*Nachdruck Gruppe Arbeiterpolitik*)

August Thalheimer: Skizze zur Geschichte der Einheitsfront in Deutschland. | *In: Kommunistische Internationale 1922*, Nr. 21, S. 14 – 19

Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Bd. 1, S. 50 – 68, Dietz Verlag Berlin 1971

litik wurde (siehe Kasten). Diese Initiative der Stuttgarter OV wird in diesem Buch nicht erwähnt oder gar analysiert, was nicht an fehlenden Archivunterlagen liegen kann. Das behindert eine Einschätzung der Ursachen für die starke Stellung der linken Opposition in der Ortsverwaltung. Offensichtlich war es in Stuttgart gelungen, aus den Tageskämpfen und dem Kampf um ökonomische Teilforderungen der Arbeiterklasse eine in sich stimmige Politik zu entwickeln, die von der Mehrheit der Stuttgarter Metallarbeiter (und im Verlauf der nächsten Monate eine reichsweite Bedeutung bekam) akzeptiert und getragen wurde. Die

Initiative hinter den »Stuttgarter Forderungen« halten wir für das historische Verständnis und eine heutige Diskussion für sehr wichtig. Gewiss wird später noch einmal eine Einheitsfront erwähnt, aber nur als scheinbare Kopfgeburt August Thalheimers im Zusammenhang seiner Faschismus-Analyse. Wie die aber entstehen sollte, auf welcher Grundlage sie aufbaute, davon ist keine Rede, nur dass sie sich als Forderung ergab.

In einem Anhang werden neun Kurzbiographien führender Stuttgarter Metaller gebracht, acht gehörten der KPD-O an, einer (Robert Dissmann) hatte nichts mit Stutt-

gart zu tun. Wieso sind nur KPD-O-Mitglieder wichtig genug für eine biographische Notiz? Das ist eine Verzeichnung der Entwicklung. Auf S. 238 werden »einige ehemalige ‚Kommunisten‘ (Brandel, Hanke, Neumann), die im Vorstand beschäftigt waren«, die in »puncto Antikommunismus« »besonders lautstark« gewesen sind, genannt: Es wird kein Wort darüber verloren, dass sie Mitglieder oder Sympathisanten der KPD-O gewesen waren. Die KPD-Opposition wird dadurch einseitig beleuchtet. Wenn wir »über unsere Geschichte nachdenken und aus ihr ... lernen« wollen (S. 102), dann geht das nur mit einer rücksichtslos nüchternen Untersuchung aller Seiten.

Nach der Niederlage des Nazi-Regimes

1945 begann die »re-education« der Deutschen zur Demokratie – auch auf gewerkschaftlichem Gebiet. Im Zusammenhang des Buches bedeutete es vor allem, dass Initiativen sozialistischer Arbeiter, eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung zu gründen, verhindert wurden. Die Besatzungsmacht (in Stuttgart die USA) verordnete statt Klassenkampf »Sozialpartnerschaft«, fand dafür allerdings auch Unterstützung im sozialdemokratischen Milieu. Der Aufbau der Gewerkschaften wurde bürokratisch vorgeschrieben, weitergehende Initiativen von Arbeitern behindert oder verboten (das war in allen Besatzungszonen so). Es lag nicht im Interesse der westlichen Besatzungsmächte, eine sozialistische Demokratie zu fördern, sie wollten das kapitalistische System restaurieren und die Bundesrepublik in die westlichen ökonomischen und militärischen Bündnisse eingliedern.

Dies wird klar dargestellt, das Kapitel über die ersten Nachkriegsjahre ist im Wesentlichen geglückt. Die Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter steht im Mittelpunkt und wird mit der allgemeinen Geschichte der Zeit verbunden. Die Verfasserin, Ursel Beck, setzt jedoch ein zu großes Wissen voraus; es geht doch u.a. darum, jüngeren Kolleginnen und Kollegen zu verdeutlichen, welche Voraussetzungen für ihren Einsatz seinerzeit gelegt wurden. Kann man annehmen, dass allen klar ist, was vor 60 Jahren aktuell war? Wer z.B. waren Hans Böckler, Walter Freitag, Hans Brümmel? Kann man davon ausgehen, dass sie allen bekannt sind, und welche Rolle sie als Vorsitzende verschiedener gewerkschaftlicher Gremien spielten?

Ursel Beck greift auch heute wesentliche Probleme auf: Die Entwicklung der SPD von einer im Wesentlichen aus Arbeitern bestehenden Partei, die auf reformistischem Wege unmittelbare Arbeiterinteressen vertrat, zu einer »Volkspartei« fing in dieser Zeit des Wirtschaftsaufschwunges an. Die traditionelle Politik der Partei führte zu dauernden Rückweichmanövern, die nur in Ausnahmefällen noch Arbeiterinteressen durchsetzen konnte. Das fehlende Einschätzungsvermögen der westdeutschen Gegebenheiten, und die sture Befolgung der von der SED vorgegebenen Linie führte gleichzeitig die KPD in die Isolation, schon bevor sie verboten wurde. Die Lehren, die aus diesem Scheitern gezogen werden können, sind aktuell wichtige Themen.

Gruppe Arbeiterpolitik

In Stuttgart gab es noch die Richtung der »kritischen Kommunisten«, wie sie im Buch genannt werden, die ehemaligen KPD-O-Mitglieder, die sich zum kleineren Teil wieder in der Gruppe Arbeiterpolitik organisierten: Sie scheiterten auch, nicht individuell, sie verblieben integer und aktiv, aber sie fanden keine Nachfolger. Warum? Waren es die Umstände? Konnten sie nicht begreifen, dass andere Gegebenheiten vielleicht neue taktische Antworten forderten? Es ist anzunehmen, was Klaus Peter Wittemann in seiner Untersuchung über die Gruppe Arbeiterpolitik²⁾ feststellt, dass die Mehrheit der Arbeiter sich aus der Politik zurück-



Theodor Bergmann (Hrsg.): Klassenkampf & Solidarität. Geschichte der Stuttgarter Metallier und Metallierinnen

Verfaßt von Tom Adler, Ursel Beck, Theodor Bergmann, Martin Gansen, Wolfgang Haible und Christa Hourani, VSA-Verlag, Hamburg 2007, 384 S., 26,80 EUR

zog und sich passiv verhielt: **Politische Arbeit ohne Rückhalt bei den Arbeitern kann natürlich auf Dauer nichts bewirken.** Die Gruppe wird in mehreren Abschnitten erwähnt. Eine Auseinandersetzung mit dem Einsatz der Gruppe und der Feststellung Wittemanns hätte in dem Buch sicherlich interessant sein können, mehr vielleicht als die mehrfache Erörterung des Funktionsverbotes für Eugen Eberle (S. 134, 147/48 usw.). Aber offensichtlich ist diese Arbeit den Verfassern unbekannt.

Kampf gegen die Remilitarisierung

In Kapitel 7.2 wird der Kampf gegen die Remilitarisierung zwischen 1950 und 1955 von Martin Gansen präzise analysiert. Der Zusammenhang der Stuttgarter Kämpfe mit der Entwicklung auf Bundesebene wird deutlich gemacht. Es wird beschrieben, wie auch die traditionell antimilitaristischen Stuttgarter Metallier (und besonders die IG Metall Jugend) sich nicht mehr gegen die allgemeine Stimmung in der Verbandsspitze und in den dominierenden Gesellschaftsschichten durchsetzen konnten. Die Passivität in der Bevölkerung, bedingt durch z.B. Kriegsmüdigkeit – Kampf ums Überleben – Arbeits- und Wohnraumbeschaffung, war zu groß. Die sozialdemokratische Mehrheit auf allen Ebenen der IG Metall konnte sich gegen die geschwächte KPD und die wenigen Vertreter der Gruppe Arbeiterpolitik, die gewiss mit ihrer Kritik auf den Versammlungen hervortraten, leicht durchsetzen. Erfreulich ist auch, dass der Verfasser sein Kapitel mit den übrigen Teilen des Buches koordiniert hat und nicht schon mehrfach Gesagtes wiederholt.

Neue Lohnkämpfe

Die Jahre von 1963 bis 2003 wurden von zahlreichen Kämpfen gekennzeichnet, Lohnkämpfe und Abwehrkämpfe gegen die steigende Angriffslust der Unternehmer, die in unterschiedlichem Maße von den verschiedenen Regierungen unterstützt wurden – z.B. wird positiv erwähnt, dass Willy Brandt sich vergleichsweise neutral verhielt. Bezirksleiter von 1959 bis 1972 war Willi Bleicher. Von ihm wird ein widersprüchliches Porträt gezeichnet (S.176 – 179), wie es der Wirklichkeit entsprach.

Gewiss gab es um 1970 eine Belebung der Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt, gewiss war auch die IG Metall bzw. einige ihrer Betriebe stark bei diesen engagiert, aber eine politische Willenskundgebung der betroffenen Arbeiter war kaum zu erkennen. Bleicher wird das wohl

2) Klaus Peter Wittemann, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe Arbeiterpolitik... SOAK-Verlag, Hannover, 1976

so eingeschätzt haben. Er wandte sich daher auch gegen einige der »K-Gruppen« die sich im Anschluss an die Studentenunruhen bildeten. Vermutlich hatte er die Kurzatmigkeit der meisten dieser Gruppen als wahrscheinlich angenommen, Revolutionsromantik war ihm als Pragmatiker zuwider. Zumindest wird er den gewerkschaftlichen Organisationsgrad gekannt haben, und der war gering – im Text wird er für 1968 als unter 30 Prozent angeführt. Er hat sich auch gegen die »Plakat-Gruppe« gewendet und ihren Gewerkschaftsausschluss befürwortet. Die Radikalisierung um 1970 brachte einige betriebliche, bezirkliche und auch landesweite Erfolge, jedoch tauchten schon bald neue, generelle Probleme auf: die Verlagerung von Arbeitsplätzen in »Billiglohnländer«. Die Kämpfe gegen diese Entscheidungen des Kapitals gingen auch in Baden-Württemberg meistens verloren, manchmal konnten jedoch durch harte Auseinandersetzungen bessere Abfindungen erreicht werden (S. 216 – 219).

Opposition heute

Interessant ist die Analyse der neueren organisierten Opposition, der »plakat«-Gruppe (von Ursel Beck und Tom Adler) und der »alternative«-Gruppe, die offensichtlich auf Erfahrungen Tom Adlers beruhen. Die gut lesbaren Abschnitte behandeln ein zentrales Thema: Unter den Arbeitern bzw. den Gewerkschaftsmitgliedern gibt es ein Unbehagen an den Praktiken der angestellten und gewählten Funktionäre und der Betriebsräte. Die Unzufriedenheit ist vermutlich widersprüchlich und aus verschiedenen Quellen gespeist. Was der wichtigste Ausdruck ist: Die Kritik an der Sozialpartnerschaft (und Bestechlichkeit?) einiger Funktionäre, sowie die undemokratischen Praktiken des Gewerkschaftsapparates. Das wird aber nicht weiter untersucht. Jedoch ist eindeutig, dass oppositionelle Listen bei Betriebsratswahlen zumindest für einige Jahre die Unterstützung von großen Teilen der Belegschaft bekommen – das ist nicht nur in Stuttgart so.

Zu beachten ist auch die Erfahrung des Zerfalls der »plakat« Gruppe, die durch ihren Erfolg allerhand Leute anzog, die nur für kürzere Zeit im Betrieb arbeiteten oder nicht (mehr) Arbeiterinteressen vertraten. Die »plakat«-Gruppe war entstanden durch die Aktivitäten von zwei Mitgliedern der illegalen KPD, die mit deren Gewerkschaftsverständnis in der Praxis immer weniger anfangen konnten. Durch direktes Anknüpfen an die Interessen der Daimlerbeschäftigten bekam sie Zulauf, natürlich sammelten sich die verschiedensten politischen Grundhaltungen in dieser gewerkschaftlichen Betriebsgruppe. Sie hatte keine gesamtgesellschaftliche Zielsetzung entwickelt, so kam es bei der Frage einer Stellungnahme zum »Prager Frühling« zu entscheidenden Differenzen. Für eine gewerkschaftliche Opposition heute ist es u.E. von zentraler Bedeutung, sich eine Position zum Parlamentarismus in der BRD zu erarbeiten. Momentan will die Linkspartei gern Anhänger in der Gewerkschaften holen und manche der gewerkschaftlichen Linken fühlen sich in dieser Partei schon zu Hause.

Es schließen sich zwei Abschnitte an, in denen einzelne Ereignisse in der Ortsverwaltung angesprochen werden sowie Auszüge aus Reden Stuttgarter (Ortsverband bzw. Bezirk) Delegierter auf den Gewerkschaftstagen der IGM referiert werden. Diese Aneinanderreihung verschiedener Beiträge zu mehr oder weniger wichtigen Fragen zeigt eigentlich nur, dass derzeit die Stuttgarter IGM-Vertreter weder eine gewerkschaftliche noch eine gesamtgesellschaftliche Opposition vertreten.

Frauenarbeit

Auf dem Verbandstag des DMV 1930 ergriff eine Stuttgarter Delegierte das Wort und forderte auf Grund der Erfah-

rungen mit der Frauenarbeit die Schaffung einer Frauenabteilung beim Hauptvorstand (S. 83). Wahrscheinlich ist sie mit ihrer Forderung nicht durchgekommen. Da diese Frage jedoch wichtig ist, ist ihr ein zusammenhängendes Kapitel gewidmet (S. 265 – 297). Christa Hourani geht der Frauenarbeit in der Stuttgarter Metallindustrie von ihren Anfängen an nach. Es bleibt jedoch nicht bei den weiblichen Industriearbeitern generell, sondern spezifisch werden die Stellungnahmen des DMV bzw. der IG Metall untersucht. Es ist dabei zu beachten, dass der Anteil der Frauen in der Metallindustrie im Vergleich zu anderen Branchen nicht sehr hoch war und zeitweise offensichtlich Sekretärinnen einen größeren Anteil ausmachten. Das behinderte die gewerkschaftliche Organisierung, die jedoch auch durch das Unverständnis der männlichen Kollegen nicht gerade gefördert wurde. Besonders machte sich das anscheinend in den Krisenjahren der Weimarer Republik bemerkbar.

Es gab schon in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg auf den internationalen sozialistischen Kongressen Auseinandersetzungen zur Frage des Arbeiterschutzes für Frauen: Behinderte dieser die Gleichstellung der Frauen als Arbeiter oder konnte er als »Mauerbrecher« für den Schutz auch der Männer eingesetzt werden? Hier wird vor allem auf die so genannten Argumente gegen das Prinzip des »gleichen Lohns für alle« verwiesen, die einen Gleichheitslohn verhindern sollten (S. 266).

Es dauerte einige Jahrzehnte, bis sich langsam eine neue Haltung zur Frauenarbeit durchsetzte. Die vergleichsweise gute Konjunkturlage um 1970 brachte auch im Zusammenhang mit der größeren gesellschaftlichen Offenheit nach 1968 bessere Möglichkeiten für Frauen im Allgemeinen, auch wenn die Infrastruktur (fehlende Krippen, Kindergärten usw.) weiterhin bedeutete, dass viele Frauen in ihren Möglichkeiten behindert wurden (im Vergleich etwa mit der DDR oder den skandinavischen Ländern sind die Zustände in der jetzigen Bundesrepublik fast noch mittelalterlich). Die Benachteiligung von Frauen in vielerlei Hinsicht wird angeführt, und auch festgestellt, dass die offizielle Linie und Praxis der IGM den Beschlüssen des Bundesfrauenausschusses widerspricht (S. 294 – 296). Die Autorin belässt es bei dem Hinweis auf diese Formalien. Stattdessen hätte man sich als interessierter Leser gewünscht, dass hier eine Diskussion des politischen Zusammenhanges dieser Frage mit anderen und über einen Ausweg aus dem Dilemma begonnen worden wäre.

Fazit

Das Buch hinterlässt einen widersprüchlichen Eindruck. Es versucht vom Klassenstandpunkt aus die Entwicklung in Stuttgart zu beschreiben. Das gelingt auch teilweise. Es werden viele Informationen geliefert, die für eine Einschätzung der Entwicklung wichtig sind. Problematisch sind die Einschätzungen der Verfasser vor allem deshalb, weil die Aussagen nur zum Teil begründet werden und so lediglich Behauptungen darstellen. Z.B. wird festgestellt, »KPD und SPD hatten keine Strategie, wie das Machtvakuum in der Gesellschaft und die sozialistische Stimmung für eine erfolgreiche Revolution genutzt werden konnten« (S. 129). Wo gab es zwischen 1945 und 1948 ein Machtvakuum? Und eine Revolution mit der KPD oder gar der SPD? Wie stand es mit den Möglichkeiten von »Versuche(n) der sozialistischen Umwälzung in Deutschland nach dem Krieg« (S. 175)? Das sind eher Wunschträume als Einschätzungen der tatsächlichen Möglichkeiten.

Die Texte, das Namenregister und das Literaturverzeichnis sind nicht sehr sorgfältig bearbeitet, das stört ebenso wie die fehlende Koordination der Beiträge. 15. Juni 08 ■